

PROTOKOLL

über die 35. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 15. Mai 2008, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

DI Christian Altmann

Kurt Apfelthaler

Karl Baumgartner

Rudolf Blasi

Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höller

Mag. Martin Fiala

MMag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Mag. Stephan Keiler LL.M.

Mag. Gerhard Klausberger

Rudolf Kohl

Andreas Kupfer

Hans Payrleithner

Rosa Rahstorfer

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:

MD-Stv. Präs. Dir. Hofrat SR Dr. Gerhard Alphasamer

SR Mag. Helmut Lemmerer

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

-

PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl

Gabriele Obermair

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
1) Fw-14/08	Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr.	314
2) BauGru-60/06	Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 30, Spar-Resthof; örtliches Entwicklungskonzept Nr. 1; Änderung Nr. 30 und 31.	314
3) Präs-268/08	Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend „Resolution zur Änderung der Verordnung der Wohnbauförderung „neu“ insbesondere betreffend Wärmepumpen und Hackschnitzel- bzw. Pelletanlagen sowie andere Heizarten, die sich für den Betrieb mit biogenen Brennstoffen eignen.	314
4) Fin-23/08	Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2008.	328
5) Fin-13/08	Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2008.	329
6) Fin-8/08	OÖ. Hilfswerk – Tageszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen 2008.	329
7) Fin-179/07	Abschluss einer Subventionsvereinbarung mit der Österreichischen Provinz der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul zur Führung des Hortes St. Anna im Schuljahr 2007/2008.	329
8) GHJ2-2/05	Vierte Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volksschule Tabor.	330
9) GHJ2-8/08	Erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Kindergarten Wehrgraben.	331

10) GHJ2-73/05	Dritte Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Hauptschule Ennsleite.	331
11) K-1/08	Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2008; „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.	332
12) Fin-50/06	Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 16; Annahme Förderungsvertrag.	333
13) Wa-15/04	Hochwasserschutzprojekt Steyr, Detailplanung „Ennsabsenkung“.	333
14) Wa-15/04	Hochwasserschutz Steyr; Inselabtrag und -aufschüttung im Bereich Münichholzer Wald; Übereinkommen zwischen Stadtgemeinde Steyr und Bistum.	334

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES
GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

Keine vorhanden

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) FW-14/08 Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr.
- 2) BauGru-60/06 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 30, Spar-Resthof; Örtliches Entwicklungskonzept Nr. 1; Änderungen Nr. 30 und 31.
- 3) Präs-268/08 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend „Resolution zur Änderung der Verordnung der Wohnbauförderung neu“, insbesondere betreffend Wärmepumpen und Hackschnitzel- bzw. Pelletanlagen sowie andere Heizarten, die sich für den Betrieb mit biogenen Brennstoffen eignen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 4) Fin-23/08 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2008.
- 5) Fin-13/08 Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2008.
- 6) Fin-8/08 OÖ. Hilfswerk – Tagszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen 2008.
- 7) Fin-179/07 Abschluss einer Subventionsvereinbarung mit der Österreichischen Provinz der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul zur Führung des Hortes St. Anna im Schuljahr 2007/08.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 8) GHJ2-2/05 Vierte Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volksschule Tabor.
- 9) GHJ2-8/08 Erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Kindergarten Wehrgraben.
- 10) GHJ2-73/05 Dritte Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Hauptschule Ennsleite.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 11) K-1/08 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2008; „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.
- 12) Fin-50/06 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 16; Annahme Förderungsvertrag.
- 13) Wa-15/04 Hochwasserschutzprojekt Steyr; Detailplanung „Ennsabsenkung“.
- 14) Wa-15/04 Hochwasserschutz Steyr; Inselabtrag und –aufschüttung im Bereich Münichholzer Wald; Übereinkommen zwischen Stadtgemeinde Steyr und Bistum.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Protokollprüfer sind heute die GR Wührleitner Eva-Maria und der GR Rudolf Kohl. Der GR Keiler Stephan wird etwas später kommen. Ich komme zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**. Es gibt heute keine Anfrage. Wir kommen zu Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters**.

Anfrage betreffend „Aktuelle Stunde“

Vom Land OÖ. ist mir auf meine Anfrage wegen des Themas der letzten aktuellen Stunde mit Schreiben vom 22. 4. 2008 folgende Stellungnahme zugegangen:

Gemäß § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse kann jede Fraktion mit schriftlichem Antrag die Abhaltung einer aktuellen Stunde über ein bestimmtes Thema verlangen. Aus dem Begriff „über ein bestimmtes Thema“ ergibt sich, dass der Antrag auf Abhaltung einer aktuellen Stunde ein konkretes eingrenzbares Thema zum Inhalt haben muss. Dies ist nach unserer Ansicht beim Thema „Bürgeranliegen“ nicht gegeben. So formuliert das das Land. Ich sage das ganz klar, das ist nicht meine Formulierung. Das Erfordernis eines bestimmten Themas steht offenbar auch im Zusammenhang mit § 11 Abs. 3, wonach den Mitgliedern des Stadtsenates im Rahmen ihres Geschäftsbereiches die Möglichkeit zur Äußerung zu bieten ist. Erst wenn das bestimmte Thema im Sinne des § 11 Abs. 1 konkret vorliegt, kann ein Zusammenhang mit dem betreffenden Geschäftsbereich des zustän-

digen Mitgliedes des Stadtsenates hergestellt werden. Nach Ihrem Bericht wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 3. 4. 2008 in der aktuellen Stunde mit dem Thema „Bürgeranliegen“ konkret auch eine Wohnungsangelegenheit für eine Mitbürgerin behandelt. Deshalb hätte dem zuständigen Mitglied des Stadtsenates (Wohnungsangelegenheiten, StR Walter Oppl) die Möglichkeit zu Äußerung geboten werden müssen.

Also, zwei Themen haben wir heute behandelt, das eine, es muss auch in Zukunft das Thema „Aktuelle Stunde“ und das Thema besser eingegrenzt werden. Wir haben ja heute wieder eine „Aktuelle Stunde“ wo wieder ein schwammiges Thema besprochen wird und nicht ein konkretes, begrenztes Thema angesprochen ist und es wäre eigentlich nicht zulässig. Das wollte ich nur mit aller Deutlichkeit da auch noch einmal erwähnt haben.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Ist es zulässig oder ist es nicht zulässig?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es ist nicht zulässig.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Da gibt es einen Zuständigen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Stadtentwicklung ist ja ein weites Thema.

Drogenmissbrauch in Steyr

Vom Bundesministerium für Inneres ist mir mit Schreiben vom 15. 4. 2008 folgende Beantwortung zugegangen:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 18. 3. 2008 teile ich Ihnen namens des Herrn Bundesministers Folgendes mit.

Von Seiten des Stadtpolizeikommandos Steyr wurde bereits am 12. 3. 2008 mit jener besorgten Mutter, die Ihnen eine Unterschriftenliste vorgelegt hat, ein ausführliches Gespräch über die Drogenproblematik geführt. Bei diesem Gespräch wurde der Frau die repressive und präventive Arbeit der Polizei gegen Sucht und Drogen dargestellt. Nach dem mehrstündigen Gespräch zeigte die Frau eine positive Haltung in Bezug auf die Polizeiarbeit betreffend die Bekämpfung des Drogenmissbrauches in Steyr.

Beim Kriminalreferat des Stadtpolizeikommandos Steyr leisten speziell für die Bekämpfung von Suchtgiftdelikten ausgebildete Kriminalbeamte Dienst. Im Fall von umfangreichen bzw. grenzüberschreitenden Amtshandlungen wird das örtlich zuständige Landeskriminalamt bzw. das Bundeskriminalamt in Kenntnis gesetzt. Insbesondere die Einsatzgruppe für die Bekämpfung der Straßenkriminalität, die beim Landeskriminalamt Oberösterreich angesiedelt ist, kann durch das Stadtpolizeikommando Steyr jederzeit angefordert werden. Gerade in letzter Zeit wurden zahlreiche weitere Beamte des Stadtpolizeikommandos Steyr für die Bearbeitung von Suchtgiftdelikten eingeschult und sind auf diesem Gebiet überdurchschnittlich erfolgreich.

Neben der repressiven Arbeit wird seit Mitte der 90iger Jahre kontinuierlich Präventionsarbeit seitens der Polizei geleistet. Bei mehreren Präventivprojekten wie z. B. „Jugend und Alkohol“, „Kontext“, „Flow“ und „Clever & Cool“ sind Polizeibeamte involviert. Vorträge über die Gefahren von Suchtmitteln und das Erkennen von Suchtmittelabhängigkeit werden vom Kriminalpolizei-

lichen Beratungsdienst über Anforderung in Schulen, Lehrlingsheimen und Elternvereinen nach Terminvereinbarung abgehalten.

Abschließend ist jedoch festzuhalten, dass es sich hierbei auch um ein soziales Problem handelt, das alleine durch polizeiliches Handeln nicht gelöst werden kann. Polizeiliche Aktivitäten haben oft nur eine Verlagerung der Szene an andere Örtlichkeiten zur Folge.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen behilflich gewesen zu sein.“

Wirtschaftspark Stadtgut

Der Wirtschaftspark Stadtgut Steyr entwickelt sich überaus erfreulich. In Kürze werden sich dort zwei weitere Unternehmen ansiedeln. Die Steyrer Wälzlager-Spezialisten von NKE und eine Zustellbasis der Post AG.

Die Firma NKE hat zuvor andere Standorte geprüft, wir haben aber nach internen, intensiven Verhandlungen erreicht, dass der Betrieb weiter in Steyr ansässig bleiben wird. Die Firma NKE Austria GmbH entwickelt, produziert und vertreibt weltweit Wälzlager der Premium Klasse. Durch das rasche Wachsen des Betriebes muss der Standort verlegt werden. NKE wird im Stadtgut ein neues Betriebsgebäude auf einer Fläche von 22.000 Quadratmetern errichten und erhält eine Option auf weitere 13.000 Quadratmeter. NKE beabsichtigt auch, die Zahl der Mitarbeiter binnen 3 bis 5 Jahren von derzeit 140 auf 230 anzuheben.

Die neue Post-Zustellbasis wird auf einem 7.500 Quadratmeter großen Grundstück im sogenannten Sektor E des Stadtgutes zwischen der B 309 und Dornach errichtet. Siebzig Zusteller werden ab 1. September dieses Jahres neben Steyr auch die Rayone

der Postämter Aschach, Kleinraming, Ternberg, Trattenbach, Hargelsberg, Kronstorf und Wolfersn beliefen. Sie werden täglich etwa 65.000 Briefsendungen und 1.200 Pakete an 32.000 Adressen zustellen. Die Erweiterung ist ein großer Erfolg für den Wirtschaftspark Stadtgut Steyr, die Anzahl der Beschäftigten wird bald die, da steht 700er-Marke, ich sage 800er-Marke überschreiten. Es sind nämlich nicht 70 die dort hin kommen sondern 90 und es kommen andere Betriebe auch demnächst hin, sodass die Anzahl in diesem Bereich in die Nähe von 1.000 Mitarbeitern steigen wird.

Italienischer Botschafter besucht Steyr

Dottore Massimo Spinetti, italienischer Botschafter in Österreich, war vor Kurzem zu Gast in Steyr. Der Diplomat trug sich ins Goldene Buch der Stadt Steyr ein und besuchte auf dem Steyrer Friedhof gemeinsam mit Steyrer Politikerinnen und Politikern das Grabmal der Italiener, die im Zweiten Weltkrieg in Steyr umgekommen sind.

Girls´ Day in städtischen Betrieben

So wie in den Jahren davor machten auch heuer der Magistrat Steyr und die Städtischen Betriebe beim Girls´ Day mit. 11 Mädchen wurden an ihren Arbeitsplätzen von Fachleuten über den jeweiligen Beruf informiert und führten auch praktische Arbeiten durch, wobei sie sich äußerst geschickt anstellten. Die Aktion „Girls´ Day“ hat den Zweck, bei Mädchen Interesse für technische Berufe zu wecken, Unternehmen auf das Potenzial der Mädchen aufmerksam zu machen sowie Eltern und Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass Mädchen in traditionell männlich dominierten Berufen immer dringender gebraucht werden.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im April 2008 betrug 4,4 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,5 % niedriger. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,7 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im April 2008 1.724 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 10,4 % (d.s. 201 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 12,4 % (d.s. 245 Personen).

Im April 2008 sind 575 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 67 Stellen mehr und auch gegenüber dem Vorjahr um 41 Stellen mehr.

Wir kommen nun zum Punkt 4), **Aktuelle Stunde**. Die ÖVP-Fraktion Steyr ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Stadtentwicklung“.

Wir haben gesagt, nachdem wir die rechtliche Mitteilung vom Land OÖ bekommen haben, wir werden letztmalig diese Variante zulassen und beim nächsten Mal werden wir das nicht mehr machen. Wir werden uns dann an die Gesetze halten.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Das Mittel einer Aktuellen Stunde in einem Gemeinderat dient dazu, ein Thema in diesem Kreis zu diskutieren, in einem Kreis, der in einem Ausschuss einfach nicht gegeben ist und damit die Möglichkeit, dieses Thema zu sensibilisieren und damit positiv auf eine Entwicklung einer Stadt einzuwirken. D. h., ich glaube man sollte das wirklich nicht zu kleinlich und zu eng gefasst sehen,

sondern so wie es gemeint ist, dass man damit ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Von der ÖVP beschlossen.

Gelächter

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

... tatsächlich Themen diskutiert die nicht auf einer Tagesordnung sonst stehen.

Stadtentwicklung, und da gebe ich dir, Herr Bürgermeister, Recht, ist, wenn man so allein bezeichnet schwammig. In der Definition ist es das örtliche Entwicklungskonzept, ist ein Leitbild der Raumordnung. Dieses integriert Einzelplanungen zu Freiraumsiedlung, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft, Infrastruktur ect. Das Entwicklungskonzept einer Stadt ist als Darstellung aller raumwirksamen Ziele und Maßnahmen zur Erreichung einer bestimmten räumlichen Ordnung anzusehen. Das Stadtentwicklungskonzept soll visionäre Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt aufzeigen um Maßnahmen für einen Zeitraum der nächsten 10 Jahre definieren. Wir haben 1992 Professor Breitling beauftragt ein Stadtentwicklungskonzept zu entwickeln, ein sehr umfassendes Stadtentwicklungskonzept. Es hat einige Jahre gedauert, bis 1995, bis es dann auch beschlossen wurde. In diesem Stadtentwicklungskonzept ist Breitling auf einige sehr wichtige Dinge eingegangen. So z. B. wies er hin, dass die Entwicklung der Einwohner nicht positiv gesehen werden kann, dass die positive Entwicklung ausschließlich auf Zuwanderung beruht und sagt gleichzeitig, die Stadt selbst kann wenig tun um die sogenannte Nettoreproduktion zu erhöhen. Sie kann nur dafür sorgen, dass die Stadt eine so hohe Lebensqualität und Kinderfreundlichkeit aufweist, dass die Lust der jungen Familien auf Kinder

groß wird und groß bleibt. Ich überlasse es Ihnen, und auch wenn wir uns an die Zeitungsberichte der jüngsten Vergangenheit erinnern, ob wir das geschafft haben oder nicht.

Über Gleink wurde gesagt: Gleink ist von den kleineren Einheiten schon relativ weit entwickelt. Es besitzt einen kleinen Ortsmittelpunkt der aus dem ehemaligen Dorfkern und dem Kloster entstanden ist, einige Geschäfte, Turnhalle, es verfügt über eine freundliche Mitte. Haben wir es geschafft dort, dass wir das, was im Stadtentwicklungskonzept gewünscht wurde, auch wirklich haben?

Es steht auch drinnen, über Wohnbauentwicklung: Besonders vordringlich ist die Bebauung des Reithoffergeländes.

Zum Verkehr steht: Musterbeispiel für noch nicht abgeschlossene Vorüberlegungen ist der Taborknoten.

Das Entwicklungskonzept enthält eine ganze Reihe von Vorschlägen für die Schließung von Lücken im Fußwegnetz. Und zwar sowohl für erholungsbetonte Freizeitwege als auch für die Verkürzung der Ziel- und Quellverkehrsbeziehungen und dem gefahrlosen Ausbau der Überquerung des Altstadtrings und die seit langem geplante Aufstiegshilfe zum Tabor und zur Ennsleite.

Weiters steht drinnen: Die Vision wäre eine stadtteilbezogenen Verteilung der Altenheime auf Münichholz, Ennsleite, einen Standort im Süden und in späterer Zukunft vielleicht auch Resthof.

Ebenfalls steht drinnen: Im Zuge der Überlegungen bezüglich einer Neuordnung der Schuleinzugsbereiche sollte nicht die Taborschule erweitert werden, sondern im Resthof wäre eine neue Schule zu errichten.

Es steht auch drinnen: Die Hotelbetten in Steyr sollten mindestens in der Größenordnung von 400 kommen.

Ebenfalls steht drinnen: Man sollte alle Möglichkeiten nutzen, die Stadt so einzurichten, dass es bequem und schön ist zu Fuß zu gehen, mit dem Rad oder mit dem Bus zu fahren und dass es Anreize dazu gibt.

Zur Volksschule Gleink steht noch: Sollte die Gleinker Volksschule vergrößert werden oder gibt es Möglichkeiten eine neue Schule im Resthof zu errichten.

Ich plädiere sehr entschieden für das Letztere, denn der Resthof braucht nichts notwendiger als Einrichtungen die das Ortsbewusstsein, den Stolz auf das eigene Quartier steigern.

D. h., 1992, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor 16 Jahren. Ein Stadtentwicklungskonzept hat eine Wirkungskdauer von 10 Jahren und soll Maßnahmen definieren, die in diesen 10 Jahren gemacht werden. Alles das was ich Ihnen jetzt aufgezählt habe ist in 16 Jahren nicht gemacht worden sondern kommt irgendwann, wie auch irgendwann noch Weiteres kommt, was wir als Stadtentwicklung sehen.

Ich möchte Ihnen aber auch noch kurz die Stellungnahme der Fraktionen zu diesem Stadtentwicklungskonzept sagen. Die Freiheitliche GR-Fraktion hat gesagt: Das vorliegende Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr vermittelt nicht den Eindruck, dass Entwicklung gewünscht wird. Es ist ein konservatives Konzept, wo das Konservieren den Vorrang einer positiven Neuausrichtung der Stadt hat. Sie merkt auch an, dass eine Bürgerbeteiligung laut OÖ Raumordnungsgesetz bindend vorgeschrieben ist. Die ÖVP hat geschrieben: Es gibt keine klare Prioritätenreihung. Vom Finanziellen hat sie gesagt: Technologiepark, Stadtgut, geschätzter Verkaufserlös, 1.000 Schilling ist zu hoch. Herr Mag. Lemmerer, derzeit sind wir bei 35 Euro glaube ich, was wir pro Quadratmeter Verkaufspreis erzielen für den Grund.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Du sagst 1.000 Schilling ist zu hoch. Das passt eh? Oder?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:

Das ist aber nur der Stadtanteil.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ist zu hoch, aber angesetzt im Entwicklungskonzept. D. h., es war eine unrealistische Annahme.

Ebenfalls keine Maßnahmen zur Sicherung der Nordwestspange. Tourismus, es fehlt eine Einbindung Steyr in Regionalkonzepte. Und Wohnen, es werden zukunftsweisende Wohnmodelle nach Grazer oder Vorarlberger Muster vermisst.

So, und jetzt darf ich Ihnen noch eine Stellungnahme vorlesen: Die Versuche, Steyr auch als österreichisches Rottenburg bekannt zu machen, reichen bis ins Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Der Erfolg, wie richtigerweise festgestellt wurde, ist jedoch sehr gering. Das erwähnte schlummernde Kapital liegt daher im Städtetourismus, verbunden mit Seminar- und Tagungsangeboten. Unrealistisch erscheint die Forderung nach Ausbau des Kongresswesens. Diese Infrastruktur hat Steyr nicht und braucht sie nicht. Die Forderung nach weiteren Qualitätshotels und Fremdenbetten ist nicht verständlich, wenn man bedenkt, dass die Nächtigungszahlen in Steyr rückläufig sind. Das hier verlangte Qualitätshotel stellt daher ein wirtschaftliches Wagnis größter Ordnung dar, wobei das finanzielle Fiasko bei der derzeitigen Situation im österreichischen Fremdenverkehr vorprogrammiert ist. Weiters: Aufstiegshilfen können immer nur den Höhenunterschied überwinden. Der Weg vom Stadtzentrum zu den Talstationen und von den Bergstationen zu den Wohngebieten Tabor, Resthof, Ennsleite bleibt nach wie vor, vor allem mit Ein-

kaufstaschen, uninteressant. Die hohen Investitionskosten und Betriebskosten für Aufzüge sind daher unverträglich und in keinem Verhältnis zum Nutzen. Öffentliche Aufzüge sind außerdem in krimineller Hinsicht ein großes Sicherheitsrisiko.

Das Ganze war eine Stellungnahme der Sozialdemokratischen Fraktion zum Stadtentwicklungskonzept, unterschrieben von Herrn Dietmar Spanring.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wann war das?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Am 25. August 1995.

Wir haben 1994 ein Verkehrskonzept in Auftrag gegeben und erhalten, 1998 ein Radverkehrskonzept, 2001 eine Studie zum Parkleitsystem, 2003 eine Studie für einen Garagenstandort, 2005 eine Studie für ein Garagenprojekt, eine Studie über Handyparken, eine Studie über Aufstiegshilfe, eine Studie über Taborknoten, Posthofknoten, Westspange, über die Trassierung. Wir haben 1996 eine Ergänzung zur Stadtentwicklung, zum Stadtplatz im Auftrag, Studie für Hotel-, Seminar- und Kongresszentrum, einen Kulturentwicklungsplan, eine Standortmarketingstudie, eine Studie für Hotelprojekt und Planung Brückenkopf Schiffmeisterplatz, eine Studie für das Kasernenareal, eine Studie über die Verbauung des Reithofferareals, eine Hochwasserstudie und eine Benederstudie zur Stadtentwicklung. Wie viel Papier das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden Ihnen meine Kollegen jetzt zeigen. Das ist eine Unmenge an Papier, was nicht nur hunderte und tausende von Seiten sind, sondern auch eine wahnsinnige Summe von Geld gekostet hat. Alleine die Breitlingstudie, d. h., das Stadtentwicklungskonzept, waren 1,3 Millionen Schilling

und diese Studien hier ebenfalls sind in gewaltigen Höhen.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Das muss viel mehr.

Gelächter

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der Herr Hackl hat natürlich Recht. Als interner Kenner der ganzen Situation weiß er, dass wir noch viel, viel mehr Papier produzieren. Und vor allem Papier produzieren, ohne tatsächlich es auch in einem geplanten oder in einem akzeptablen Zeitraum dann umsetzen. Ich erinnere an 2002, an das Hochwasser, das wir gehabt haben, das ist jetzt 6 Jahre her. 6 Jahre, in dem von der Bevölkerung immer wieder der Vorstoß kommt, macht was, tut was. Der Bürgermeister sagt dann dazu: Ich habe Verständnis dafür, dass es den Betroffenen beim Hochwasserschutz zu langsam geht. Herr Bürgermeister, was haben Sie konkret unternommen, in diesem Fall, um Lobbying zu betreiben und um dafür zu sorgen, dass in einer akzeptablen Zeit die Bürger von Steyr einen Schutz bekommen?

Ich möchte weiter gehen, weil ich glaube, das ist wirklich entscheidend: Hotelanlage Schiffmeisterplatz. Ich erinnere daran, dass wir einen Wettbewerb, einen Architektenwettbewerb, in Auftrag gegeben haben mit drei namhaften Architekten, Domenig, Snozzi und Hadid. Die Begründung dafür war, wir wollen auf diesem Standort ein Hotel bauen und wir wollen eine Gesamtverbauung in diesen Bereich lenken. Hat sehr viel Geld gekostet, damals. Dann haben wir Betreiber gesucht. Lange Jahre. Sie sind auch gekommen, haben sich interessiert, haben sich das angeschaut, haben gesagt, passt nicht so usw. Dann haben wir endlich zwei konkrete Finanziere und auch Betreiber. Die

schicken wir in den Gestaltungsbeirat und der Gestaltungsbeirat sagt dann: Die Randbedingungen wie Hochwasser hundert, Beengung durch die Straßen und Beeinträchtigung durch deren Lärm, die Nähe zu der historisch wertvollen Bebauung sowie die Maßstäblichkeit des Schiffmeisterhauses machen eine großvolumige Bebauung, wie von beiden Projektanten vorgesehen, nicht vorstellbar. Falls dieser Platz dennoch verbaut werden soll, ist für den wichtigen städtebaulichen Ort vorzugsweise eine kulturelle Nutzung zu suchen. So, und jetzt möchte ich zu einen Punkt gehen den Breitling, und zum letzten Punkt meiner Ausführungen, die Beratung der Stadt durch unabhängige Beiräte müsste auf neue Basis gestellt werden, welche die unterschiedlichen Schwerpunkte der anstehenden Probleme berücksichtigt. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der auftretenden Probleme lässt sich auf gestalterische Fragen zurück zu führen. Sehr oft handelt es sich auch um überwiegend denkmalpflegerische, überwiegend ingenieurtechnische oder überwiegend raumplanerische Fragen, die geklärt werden müssen. Alle diese heiklen Fragen durch einen Gestaltungsbeirat begutachten zu lassen, muss hin und wieder zu gewissen Fehlleistungen führen. Hier, bei dieser Beurteilung, glaube ich, sind wir bei einer klaren Fehlentwicklung. D. h., warum ich das aber so ausführlich gemacht habe ist, wir haben das Stadtentwicklungskonzept 1992 noch überhaupt nicht wirklich angegangen. Wir haben dazwischen zwar zwei Überarbeitungen gemacht, wir haben aber noch immer unsere Aufgaben nicht einmal im Ansatz erfüllt. Alles was ich Ihnen jetzt aufgezeigt habe, haben wir vor 16 Jahren beschlossen, haben gesagt, in den nächsten 10 Jahren soll es umgesetzt werden und ...

Zwischenrufe: Nein, nein, das ist ja nicht wahr!

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine Herrschaften, wo sind wir denn jetzt? Wir sind beim Taborknoten noch nicht einmal so weit, dass wir z. B. auch nur einen einzigen schriftlichen Punkt haben, wo wir eine Zusicherung haben. Wir haben eine mündliche Zusicherung. Wir haben noch überhaupt nichts und so lässt sich das über diese ganzen Konzepte sagen. Irrsinnig viel Papier, immense Kosten und es wird nichts umgesetzt. Hier, an Sie, Herr Bürgermeister, als Referent, wann können wir damit rechnen, dass Stadtpolitik aktiv angegangen wird und auch betrieben wird?

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer will als Nächster? Freiheitliche? Grüne? Gerhard bitte.

GR Mag. Keiler Stephan kommt um 14.40 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich glaube, der Gesetzgeber hat schon gewusst, und zwar das Land OÖ., wie sie im Statut für die Statutarstädte festgeschrieben haben, wie „Aktuelle Stunden“ vorzubereiten sind. Das hat schon einen Sinn gemacht, wie der Herr Bürgermeister in seiner Einleitung darauf hingewiesen hat, dass wirklich in einer „Aktuellen Stunde“ aktuelle Themen angesprochen werden sollen. Wenn hier ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ist das Thema nicht aktuell?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Lieber Kollege Mayrhofer, wie es dir halt hin und wieder passiert, weichst du sehr stark ab, weil es nämlich nicht stimmt, was du eingangs erwähnt hast, dass Themen angesprochen werden sollen in der „Aktuellen Stunde“ die sonst in keinem Ausschuss irgendwo zu diskutieren oder auf die Tagesordnung oder zu bereden oder festzulegen sind. Das stimmt nämlich überhaupt nicht, weil gerade das Thema Stadtentwicklung, alle diese Themen die du angeschnitten hast, sehr wohl in Ausschüssen, 1. einmal der Stadtentwicklungsausschuss die Möglichkeit bietet, das alles zu diskutieren und bei Realisierung all dieser Projekte überall Ausschüsse auch vorhanden sind, wo diese Themen diskutiert werden können und wo wir die Themen auch beschlossen haben. Es ist ja nicht so, dass da nichts beschlossen worden ist. Aber grundsätzlich, bei einem gebe ich dir Recht, du hast es eh erwähnt, natürlich kann man da den zeitlichen Horizont unterschiedlich anlegen. Ein Stadtentwicklungskonzept ist auch mit vielen Visionen bespickt und sind viele Visionen niedergeschrieben. Vision heißt nicht, dass das in einer Legislaturperiode oder, dass das in einer Periode des Stadtentwicklungskonzeptes umgesetzt werden muss, sondern Stadtentwicklung muss weit über den Zeitraum hinaus gehen. Ich denke mir jedes Mal wenn wir so über den Verkehr diskutieren, was wir ja auch in der letzten Zeit getan haben, Dukartstraße, wo wir da reden ob Hofer dort hin bauen soll, wo der Sommerhuber ist oder nicht, ob wir dort eine zusätzliche Anbindung machen sollen oder nicht, das ist vor 30 Jahren, oder vor 40 Jahren ist dort in Wirklichkeit der Raum so eingeeengt worden, dass man heute keinen Platz zum Ausweichen hat. Zu der damaligen Zeit, es ist natürlich hinten nach immer gescheiter zu reden, aber wenn man zu der damaligen Zeit

Visionen gehabt hätte, dass der Verkehr sich auch in Steyr anders entwickeln wird, dann hätte man dort eine Bebauung, wie es vom Bauhaus ist, wie es vom Staudinger, von der Fahrschule, ist und Heim & Haus, was sich dort angesiedelt hat, dann hätte man das in diesem Bereich verhindern müssen um eine großzügige Verkehrslösung zustande zu bringen. Also, das ist nicht nur eine Frage für Stadtentwicklung 10 Jahre, sondern weit darüber hinaus. So manche Dinge haben mich beim Architekt Beneder nicht unbedingt begeistert und haben mich nicht vom Sessel gerissen, aber eines, was mir schon besonders gefallen hat, Stadtentwicklung muss weit über Funktionsperioden hinaus betrachtet werden. In der Geschichte einer Stadt spielt das überhaupt keine Rolle von 5, 10, 15, 20 Jahren. Das spielt überhaupt keine Rolle. Wie er seine Vision dargelegt hat, die Bebauung beim Bahnhofareal, das heute ja noch gar nicht so richtig nachvollziehbar ist, wie das weiter gehen soll. Also, er hat da schon zeitliche Perspektiven gesetzt, die weit ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

D. h., ich brauche die Schule im Resthof nicht, ich kann gleich das Altenheim bauen, weil wir so lange brauchen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Ich komme schon noch auf ein paar Dinge zurück, warte ein bisschen. Ich habe auch deinen Stoß Papier erwarten können und habe mich zurück gehalten. Ich werde eh noch darauf zurück kommen, weil nämlich gerade einige Punkte die du angeführt hast sehr wohl ja in der Realisierungsphase sind und nicht mehr in die „Aktuelle Stunde“ gehören, weil ja die Beschlüsse gefasst worden sind. Natürlich kann man immer sagen, es hat zu lange ge-

dauert und es ist zu spät. In Wirklichkeit gilt ja das Lied „Es ist nie zu spät“. Es ist nie zu spät, wenn man es realisiert. Dass gewisse Umsetzungen von Projekten nicht nur im Einflussbereich der Stadt liegen, das wissen wir auch sehr genau. Gerade dort wo wir nicht Eigentümer sind, wo auch bestimmte Einflüsse hier Platz greifen, ist es halt nicht immer so einfach wie dass gewisse Umsetzungen von Projekten, die wir damals, 1992, 1995 und wie es der Oppl Walter gesagt hat, die letzte Überarbeitung war 2003. Es braucht halt Zeit.

Wenn du Reithoffer angeschnitten hast, Reithoffer ist ein gutes Beispiel. Reithoffer haben wir erst vor ein paar Jahren gekauft. Aber wir haben als Stadt, und das ist in Wirklichkeit das Positive dabei, weit vor dem Zeitraum, bevor das Areal im Eigentum der GWG und im Eigentum der Stadt Steyr war, vorgesorgt, dass dort nicht irgendwelcher Unfug, irgendwelche negativen Entwicklungen stattfinden können, sondern wir haben dort den Auftrag gegeben ein Bebauungskonzept zu errichten. Vor ein paar Jahren haben wir jetzt das Areal, aus einem Glücksfall heraus, mit den Wohnungen der Steyr Daimler Puch damals und mit den Grazer Wohnungen erwerben können und wir haben abgesichert, mit unserem Bebauungsplan, dass dort nicht eine negative Entwicklung ist.

Am Tabor, das Kasernenareal, ist ja dasselbe. Natürlich kann man darüber diskutieren, die Stadt hätte das kaufen sollen vor ein paar Jahren. Es ist aber nicht möglich, dass die Stadt überall kauft. Es ist auch nicht die Aufgabe, dass die Stadt Gründe, die zu erwerben sind, die frei werden, kauft. Die Stadt hat nur die Aufgabe vorzusorgen, dass nicht irgendwelche negativen Entwicklungen stattfinden, dass man mit dem Bebauungsplan, mit dem Instrumentarium des Bebauungsplanes, mit dem Raumordnungsplan, mit dem Flächenwidmungsplan, dass wir hier ge-

setzliche Grundlagen schaffen, damit wir dort die Gestaltungsmöglichkeiten stark beeinflussen. Auch das haben wir getan. Wir haben ja vom Architekt Medek, vor Jahren, und der Vorgänger unseres jetzigen Bürgermeisters Forstenlechner, also unter Hermann Leithenmayr, ist Medek schon beauftragt worden über das Kasernenareal, wo wir noch gar nicht gewusst haben was geschieht damit, wo wir noch gar nicht gewusst haben, was das Bundesheer tut, was der Bund damit tut, haben wir dort schon vorgesorgt mit diesem Konzept, mit dem Auftrag, einen Bebauungsplan, eine Bebauung vorzubereiten, damit eine vernünftige Lösung dort zustande kommt. Wirklich, wir können dem mit ruhigem Gewissen entgegen schauen. Natürlich kann man sagen es soll ein Jahr schneller oder noch kürzer sein. Bei uns in der politischen Verantwortung ist das Funktionsperiodendenken sehr stark vorhanden, was selbstverständlich ist. Jeder möchte dann in der Periode was nachweisen. Wir haben aber da schon mit großer Sorgfalt und gewissenhaft vorgesorgt, dass dort oben nichts passieren kann. Es kann auch nichts geschehen. Das wissen wir heute auch. Darum war ja der Grundverkauf dort so schwierig, weil wir dementsprechende Auflagen gemacht haben, was dort passieren muss.

Die Aufstiegshilfe haben wir eh erst im letzten Gemeinderat diskutiert. Das ist auch ein Thema, das selbstverständlich interessant ist, aber es gibt halt Prioritäten und auch das ist im Stadtentwicklungskonzept, wie gesagt wurde, dass das jetzt innerhalb von 7, 8 oder 10 Jahren geschehen muss, sondern wie sich die Stadt entwickeln soll und wo die Richtung hingehen soll und die Richtung halten wir noch immer ein.

Die paar konkreten Projekte die du angeschnitten hast, Resthofschule. Die Resthofschule haben wir beschlossen.

Es hat ein bisschen länger gedauert als wir es uns gewünscht haben.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Vor 16 Jahren.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Vor 16 Jahren haben wir einmal zum Diskutieren angefangen. 1997 war der Wettbewerb. Dann hat uns halt die Zeit etwas überholt, dass sich die Geburtenrückgänge bei den Schulen dementsprechend niedergeschlagen haben und wir aus einer zwölfklassigen Volksschule eine achtklassige Schule geplant haben. Die Umplanung, und die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Schule und Sport wissen das sehr genau, wir haben das ständig dort diskutiert. Ich habe da überhaupt nie etwas geheim gehalten. Wir haben da sehr offen darüber diskutiert und die haben es ja hautnah miterlebt, wie schwierig das war mit dem zuständigen Architekten eine vernünftige achtklassige Volksschule, die auch wirtschaftlich vertretbar ist, zustande zu bringen. Weil nach den ersten Umplanungen war die achtklassige Volksschule teurer als die zwölfklassige Schule. Da haben nicht wir oder unsere Fachabteilungen umgeplant, sondern der Architekt. Es war sehr mühselig und wir waren hartnäckig da im Ausschuss. Und auch im Gemeinderat haben wir uns ein Budget vorgegeben, in dem Rahmen sich der Architekt zu bewegen hat. Der hat sich halt sehr schwer bewegt, weil wir das auch kennen. Die Architektenhonorarordnung ist natürlich der größte Unfug und der größte Blödsinn auf Gottes Erdboden den es gibt. Der wird nicht nach Leistung bezahlt sondern nach Budgetgröße und seine Honorarnote richtet sich nach der Investition. Natürlich hat kein Architekt, jetzt ist es eh aufgeweicht worden, jetzt gibt es das eh nicht mehr in dem Ausmaß, aber kein Architekt

hat Interesse gehabt, von einer Größenordnung, wenn das 100 Millionen Schilling ausgemacht hätte, ein Projekt um 70 Millionen hinzustellen, wenn er dafür für 30 Millionen kein Honorar bekommt, weil er weniger bekommt. Also, das ist eine Trottelhaftigkeit bis dort hinaus. Aber es ist halt da gewesen und es war äußerst schwierig. Wir haben jetzt beschlossen, der Spatenstich wird im Herbst des heurigen Jahres noch stattfinden. Also, es ist alles auf Schiene, die Resthofschule wird gebaut werden.

Altersheime haben wir auch hier herinnen diskutiert. Genau das was vor diesen Jahren festgelegt worden ist, wo die Richtung hingehen soll, genau diese Richtung halten wir ein, dass wir im Münichholz eines gebaut haben, dann haben wir am Tabor den gesetzlichen Richtlinien etwas entsprochen, dass wir von den 3- und 4-Bettzimmer weggegangen sind auf 2- und 1-Bettzimmer und jetzt haben wir den Startschuss für die Ennsleite gegeben und es ist auch schon der Startschuss für das nächste Heim, mit dem Architektenwettbewerb für den Tabor gemacht worden. Also wir halten die Richtung, die Linie ein, genau entsprechend dem Stadtentwicklungskonzept. Das Papier entwickelt wird, das ist sehr beeindruckend. Mich geht es ab und zu auch an, wie viel Papier man braucht, für was es alles ein Papier gibt. Das ist halt der Zeitgeist. Was man früher per Handschlag gemacht hat und gesagt hat, so machen wir das, muss man heute 20 Seiten schreiben, weil noch 10 Juristen auch dabei sind, die haben auch eine andere Meinung am Papier. Das ist halt schon immer ein Problem gewesen und auch im Zeitalter des Computers hat sich das in Wirklichkeit nicht reduziert, sondern ist genau dasselbe, weil heute haben wir es im Computer und drucken es dann aus und dann haben wir solche Stöße da, weil dann hättest du den PC auch herstellen können und

eine Diskette, da wäre nämlich auch alles drauf gewesen. Das ist nur eine Frage der Darstellung. Natürlich wird halt auf Papier geschrieben.

Beim Hochwasserschutz, was du da angeführt hast, lieber Kollege Mayrhofer, natürlich berührt uns das alle und es geht uns zu langsam.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Aber Verständnis alleine ist zu wenig.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wo wir als Stadt unsere Hausaufgaben zu machen gehabt haben, haben wir die gemacht. Wir sind sogar in Vorleistung getreten bei diversen Finanzierungen. Das Modell in Wien, das ja auch nicht so einfach war, da wissen wir ja alle, es hat alles himmellang gedauert und wir waren alle ungeduldig. Jetzt, wo wir schon geglaubt haben, dass wir im heurigen Jahr beginnen können, also im Frühjahr, die Niedrigwassersaison zu nützen um in der Unterhimmeler Au das Entlastungsgerinne beginnen zu können, wir sind halt in einem Rechtsstaat und da gibt es Möglichkeit und Einflüsse und Einsprüche und auch andere Betrachtensweisen von den Biologen über die Naturschützer udgl. und die beschreiten halt auch ihren Rechtsweg und sagen, dort haben wir Bedenken, da haben wir Bedenken und dadurch ist auch dieses Projekt sehr stark davon betroffen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Aktionismus.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Da brauche ich keinen Aktionismus betreiben, wir sind ja nicht eine Bananenrepublik sondern wir sind ein Rechtsstaat. Also, es ist der Rechtsweg auch einzuhalten und du weißt es ganz genau.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Du weißt es ganz genau, dass das nicht anders geht.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Er weiß es eh ganz genau, aber das ist die politische Polemik, die da halt sehr stark mitschwingt, dass man so tut als ob der Bürgermeister jetzt Schuld wäre, weil da zu wenig Lobbyismus betrieben worden ist. Es ist ja nicht eine Frage des Lobbyismus, sondern es waren rein technische, sachliche und fachliche Dinge die abgeklärt werden mussten. Jetzt werden wir es sehen. Jetzt sind fast alle Behördenauflagen erfüllt, es ist fast alles geklärt und jetzt werden wir sehen, wie weit, dass gerade deine Partei im Land und die Partei der Grünen, wo ja die letzte Pressekonferenz, das ist ja auch nicht gerade das Gelbe vom Ei gewesen ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Und der Herr Bundeskanzler? Weil das meiste sind Bundesmittel.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Herr Pröll ist zuständig.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ihr wisst es ja, dass in der Unterhimmeler Au, die Steyr ist Interessensgewässer, da ist das Land zuständig und die Enns ist Bundesgewässer und dort ist der Bund zuständig.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Pröll ist vom Bund zuständig.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich habe eh nicht gesagt der Kanzler. Ich habe ja nur einmal differenziert zwischen Steyr und zwischen Enns,

das es da unterschiedliche Zuständigkeiten gibt. Jetzt werden wir dann sehen, und gerade der Chef vom Kurt, auf Landesebene, der hat auch nicht unbedingt gerade da ein Signal gesendet, dass wir da in Euphorie ausbrechen können, weil die Pressekonferenz, das war nicht unbedingt gerade ermunternd und erfreulich. In Wirklichkeit muss das Land da die dementsprechend finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Wenn das der Fall ist, dann wird man in der Unterhimmel Au sofort beginnen können. Wir, in der Stadt, haben dazu unsere Hausaufgaben gemacht.

Zum Hotel selbst, weißt du, alles kann die Stadt nicht übernehmen. Wir sind auch nicht zuständig dafür. Wenn es in Steyr ein Potenzial, lieber Kollege Mayrhofer, an zusätzlichen Hotelgästen gibt, dann soll gefälligst die Privatwirtschaft, und du bist ja der stärkste Vertreter der Privatwirtschaft, schauen, dass sie ein Hotel hinbaut.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Von dem reden wir ja die ganze Zeit.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das ist erst jetzt vor 14 Tagen der Fall gewesen. Vor 14 Tagen, drei Wochen, wo der Gestaltungsbeirat gesagt hat, dort sollte lieber eine kulturelle Einrichtung hinkommen. Das ist ja eh noch nicht gesagt, dass das der Fall ist was der Gestaltungsbeirat sagt. Aber, dass jetzt konkrete Investoren für ein Hotel kommen, das ist erst jetzt und das wissen wir noch nicht genau. Das wissen wir noch nicht ganz genau, ob sie es wirklich bauen, weil gekommen sind schon viele und haben gesagt sie wollen ein Hotel bauen. Wenn es dann darum gegangen ist, Schiffmeisterplatz, haben sie sich immer wieder verabschiedet, haben kalte Füße bekommen, weil sie gesagt haben, Steyr, da ist nicht das Geschäft damit zu ma-

chen, so wie bei den Garagen. Also, in Wirklichkeit ist vieles von dem was du gesagt hast schon realisiert, ist in Bau. Ich könnte die Liste, die auch im Stadtentwicklungskonzept ihren Niederschlag gefunden hat, noch verlängern. Der Bürgermeister hat es eh in seinen ersten Einführungen schon gesagt, gerade was die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt ist, das gehört auch zur Stadtentwicklung, das ist ein wesentlicher Teil, dort sind wir überaus erfolgreich, trotz negativem, pessimistischem Querrufen, die kommen, das NKE, das ist eh schon in Haag unten. Einen Schmarren. Durch die Anstrengung ist die in Steyr geblieben und ist nicht abgesiedelt. Also, so uninteressant sind wir nicht.

Was Stadtplatz und innere Stadtentwicklung, also, die Erfolgsmeldungen die nicht davon gekommen sind oder vom Amt her hinausgegeben wurden, sondern die Analysen die in der letzten Zeit stattgefunden haben, dass sich die Stadt und der Stadtkern im wirtschaftlichen Bereich immens gut entwickelt hat, dass man kaum freie Geschäftsflächen am Stadtplatz vorfindet, das ist ja nicht alles von ihm selbst gekommen, sondern das ist die positive Stimmung die in Steyr vorhanden ist, natürlich auch die gute, wirtschaftliche Situation spielt da mit eine Rolle dazu.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nächster ist Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ein paar Bemerkungen zu den langen Ausführungen unseres Kollegen Mayrhofer und zu dir, Herr Fraktionsobmann. Stadtentwicklung, natürlich ganz eine wichtige Sa-

che. Professor Breitling ist uns noch gut in Erinnerung. Wir haben seitens der Freiheitlichen GR-Fraktion vor einigen Monaten auf einen ganz wichtigen Aspekt der Stadtentwicklung schon einmal hingewiesen. Das ist vielleicht ein Punkt wo bis heute wenig bis gar nichts geschehen ist, ist aber für die weitere Entwicklung von großer Bedeutung, das ist der Umstand, dass Steyr von den drei Statutarstädten stagniert, von der Bevölkerungszahl abnimmt. Wir haben uns eigentlich schon erwartet, dass zumindest einmal, um die zitierten Visionen einmal anzuschneiden Kollege Bremm, Gedanken macht, wie man vor allem die jungen Menschen in unserer Stadt, die erfreulicherweise hier hochbezahlte Arbeitsplätze vorfinden, laut AK-Statistik die höchstbezahlten Arbeitsplätze in ganz Österreich, wenn das so stimmt, zumindest laut letzter Vollversammlung gehören wir zu den Spitzenverdienern in der ganzen Region, was ja sehr erfreulich ist, aber Wohnen und Hausbauen und Eigentum errichten, das geschieht nicht in Steyr, sondern das geschieht in den Umlandgemeinden, wo wir natürlich von den Grundpreisen wahrscheinlich nicht ganz mithalten können, da gebe ich dir schon Recht. Aber ein bisschen einen Beitrag könnten wir schon auch leisten. Derzeit tut sich wenig. Wir haben nicht einmal den Wirtschaftshof bis heute verkauft, Kollege Bremm, da hast du ja auch einmal große Ankündigungen gemacht. Der schlummert unter dem Efeu und unter dem Gewächs dort unten dahin. Ich weiß nicht, gibt es jetzt einen Bescheid vom Denkmalamt, dass wir ihn endlich abreißen können? Das wären auch ein paar tausend Quadratmeter in bester Lage, wo man vielleicht den einen oder anderen eine Wohnmöglichkeit anbieten könnte. Nur als Beispiel. Ich weiß schon, dass wir damit nicht das Problem lösen, aber das wäre vielleicht auch ein Beitrag und fällt vielleicht ein bisschen in die

Diskussion hinein, du hast es ein bisschen sehr geschönt, dass halt doch nicht allzu viel weiter geht. Es könnte mehr weiter gehen. Es ist nicht alles schlecht, das sagen wir eh nicht, aber das gehört sicher auch hier dazu.

Zum Hochwasser. Ewiges Thema Hochwasser. Ich gebe dir schon Recht, wir leben in einem Rechtsstaat und Gesetze sind einzuhalten. Aber das hat man in diesem Haus auch gewusst, dass man Umweltverträglichkeitsprüfungen braucht, wasserrechtliche Genehmigungen braucht. Ich glaube, die Abteilungen im Haus sind nicht so klein, gerade in der Bauabteilung. Und wenn man das jahrelang weiß und plötzlich wieder sagen muss und den Betroffenen erklären muss, jetzt schiebt es sich schon wieder hinaus, weil wir das und das übersehen haben, das wird dann irgendwann schön langsam fad.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Was haben wir denn übersehen? Konkret.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Es hat geheißen, der Kollege Zöttl wird das bestätigen können, du hast nicht einmal den Hochwasserbeirat einberufen, den du großartig ins Leben geschaffen hast. Wann hat denn der das letzte Mal getagt? Wir müssen über die Medien ständig lesen wenn etwas hinausgezögert wird. Vielleicht sollte man dann den Hochwasserbeirat endlich einmal auch, zu dem hast du ihn ja damals geschaffen, einberufen und dort die Mandatare informieren was abläuft. Da ist nämlich gar nichts geschehen. Nur über die Zeitungen müssen wir dann lesen, warum wieder nichts weiter geht.

Der Kollege Apfelthaler ist sicher als Steyrer und Bewohner des Wehrgrabens auch interessiert an entsprechenden Maßnahmen, aber dann soll

er sich mit seinem Parteifreund einmal einig werden ob er jetzt in Steyr das wirklich will oder nicht. Er kann eh sagen, dass er das aus ökologischen Gründen nicht will, aber nicht mit dem Herrn Brock in Steyr herumgehen und sagen dort passt uns die Inselabtragung nicht und da, weil hinten herum in Linz wird dann wahrscheinlich ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:
Was für ein Brock?

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Das ist in allen Zeitungen gestanden, das ist ja keine Erfindung von mir. Ich kann es dir zeigen, in den Tipps, überall, ich weiß nicht, wie der geheißen hat, der einmal da von euch hier herinnen gesessen ist, Brack oder so, der auf einmal sagt, das geht alles nicht, weil wir die Flusskrebse und jeden Stein umdrehen müssen. Das ist ja kein Problem, du kannst es ja sagen, wenn dir das auf einmal nicht mehr in den Kram passt.

Zum Thema Hochwasser. Ich glaube es ist höchste Zeit, dass da wirklich was weiter geht. Ich kann nur hoffen, dass heuer vor allem das Entlastungsgerinne, und da bin ich ein bisschen überrascht, dass wir heute die anderen Maßnahmen auf der Tagesordnung haben, weil eigentlich vom Fahrplan der Gunz-Studie hat ja das ein bisschen anders ausgeschaut. Da hat es ja, immer wenn wir gesagt haben baggert dort unten den Schotter aus, dann hat es geheißen wir sind alle nicht ganz informiert und wir kennen uns nicht aus. Ganz wichtig ist das Entlastungsgerinnen, weil sonst kommt ja der Schotter immer wieder nach. Jetzt fangen wir unten zum Abtragen an und das Entlastungsgerinnen kommt nachher. Das ist auch nicht ganz nachvollziehbar und ist auch vom Plan ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann hast du dir das nicht gut durchgelesen.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Ich habe mich mit dem schon beschäftigt, obwohl es keine Sitzung des Hochwasserbeirates gegeben hat.

... der Gunz-Studie eigentlich am anderen Ende. Das ist eh in Ordnung, wenn man das abträgt, aber eigentlich wäre ja das Logische gewesen, dass man endlich da unten das Entlastungsgerinnen baut um die weitere Schotterzufuhr in der Stadt zu verhindern. Ich hoffe, dass das auch endlich, zum wievielten Mal auch immer, zumindest im heurigen Winter 2008/2009 geschieht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer ist der Nächste. Michaela bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zuerst wird nach Paris angerufen.

Zwischenruf: Hallo!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, ja.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Jetzt hätte ich schon geglaubt du rufst den Parteichef an.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, aber nicht, dass ich meine Zeit überziehe, meine 10 Minuten.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, Thema Stadtentwicklung ist schon sehr viel angesprochen worden. Ein kleiner Rückblick, so nach dem Motto, wie die Zeit so vergeht. Im Frühjahr 2002 gab es, wie sich manchen von Ihnen vielleicht noch erinnern können, eine Zukunftskonferenz im Museum Arbeitswelt, wo sehr viele Bürger teilnahmen. Da gab es mehr als 70 Teilnehmer und die haben sich ein ganzes Wochenende Zeit genommen bei dieser Zukunftskonferenz mit zu arbeiten. Herausgekommen ist bei dieser Zukunftskonferenz, wo es um das Thema Stadtentwicklung gegangen ist, sehr viel von denen die mitgemacht haben, aber es ist weiter nichts passiert. Man konnte sich eintragen in verschiedene Workshops, es hat kein einziger Workshop stattgefunden, es ist nichts weiter passiert. Dann hat man die Leute vertröstet und hat gesagt, na ja, jetzt machen wir etwas, nämlich so unter dem Motto „Stadtplatz im Aufbruch“, eine Vortragsreihe. Die hat dann der Dr. Kaiser gemacht im November 2002. Da gab es drei Veranstaltungen im Dominikanerhaus dazu. Dann im Anschluss gab es eine Reihe, Stadtplatz im Aufbruch wieder genannt, mit rund 10 Terminen, im Jahr 2003 beginnend, wo die Bürger aufgerufen waren, Wirtschaftstreibende, Stadtplatzbewohner, Hauseigentümer usw. ihre Ideen einzubringen zum Thema Stadtplatz unter Moderation von Experten. Da ist sehr viel herausgekommen, da gibt es auch wieder viel Papier, Protokolle, Protokolle, Protokolle. Und was ist dann geschehen? Jetzt haben wir schon wieder fünf Jahre die dazwischen liegen und das ist immerhin ein halbes Jahrzehnt, das sind 2.000 Tage. Was ist jetzt wirklich passiert in diesem Stadtplatz im Aufbruch? Wir haben einen Steyrplan vom Architekten Beneder, der uns immerhin 35.000 Euro gekostet hat. Umgesetzt worden ist sehr, sehr wenig. Ankündigungspolitik war

es. Es ist schon ganz interessant, wenn Sie sich anschauen, da gab es Maßnahmen in diesem Stadtplatz im Aufbruch-Papier, die waren genau untergliedert nach finanziellem Aufwand, voraussichtlicher Umsetzungsdauer und Priorität. Das Interessante ist, dass manche dieser Maßnahmen, oder sehr viele dieser Maßnahmen, die geringen finanziellen Aufwand bedürfen, gar nicht umgesetzt worden sind, wo man nicht argumentieren kann, das kostet so viel. Da sind wir nicht bei diesen ganzen riesigen Projekten, wo wir sagen, wir können uns das im außerordentlichen Haushalt nicht leisten. Beispielsweise, der Testbetrieb eines Cityshuttles, mit guten Taktzeiten und kurzer Haltestellendistanz, hohe Priorität, ist nie passiert. Probetrieb wäre das nur gewesen. Wir schaffen es nicht einmal einen Probetrieb für einen Cityshuttle zu machen innerhalb von fünf Jahren. Geringe Ausdehnung der Toleranzzeit bei Parkzeitüberschreitungen usw., war auch geringer finanzieller Aufwand, hohe Priorität, passiert ist nichts in diese Richtung. Auf die Verbesserung der Koordination von Veranstaltungen warten wir auch noch immer und Aufstellung und Einrichtung weiterer Sitzgelegenheiten und Bänke finde ich auch nicht wirklich realisiert in Steyr, ist mir jedenfalls nicht großartig aufgefallen. Und die Attraktivierung des Wochenmarktes, geringer finanzieller Aufwand, hohe Priorität, Umsetzung kurzfristig. Ja, passiert ist nichts. Was heißt in dieser Stadt kurzfristig? Fünf Jahre? Mehr als fünf Jahre sind hier anscheinend kurzfristig, weil passiert ist es nicht. Aber Papier ist geduldig. Und da gibt es dann Aussagen der Politik, beispielsweise Bürgermeister im Originalzitat: Es werden bereits Maßnahmen erarbeitet, wie der Bereich Zwischenbrücken aufgewertet werden kann. Pressekonferenz vom 27. 10. 2003. Also ich weiß nicht, was da jetzt wirklich passiert ist bei den Maßnahmen Zwi-

schenbrücken, aber die werden bereits erarbeitet im Jahr 2003, realisiert nichts. Bürgermeister wird zitiert: Unser erstes Nahziel ist die Vergrößerung des Wochenmarktes. Originalzitat Bürgermeister, 24. 3. 2005. Jetzt haben wir 2008. Das war das Nahziel. Also, das ist ja schon wieder zum Fernziel geworden. Da möchte ich ja nicht wissen wo die Fernziele landen. In 100 Jahren? In 200 Jahren? So viel Geduld habe ich nicht mehr.

Handyparken. Bürgermeister zitiert 18. 4. 2005: Unsere Fachleute überprüfen gerade Angebote und Systeme. Und zum selben Termin, 18. 4. 2005, Bürgermeister im Originalzitat: Wir haben begonnen, das von Architekt Beneder vorgeschlagene Marktconcept für den Stadtplatz umzusetzen. Ja wo sehen Sie es? Begonnen 2005. Wir haben 2008. Da könnten Sie weiter noch reingehen in Zeitungsarchive, Pressemitteilungen. Das sind nicht die Aussagen der Opposition, das sind die Originalzitate der Stadtregierung die Sie nachlesen können.

Ich muss schon sagen, da rede ich gar nicht von diesen großen Projekten, weil da glaube ich schon, diese Parkgarage und der Museumssteg usw., also Steg über die Enns, da wird sowieso ewig lange nichts passieren.

Ich erwarte mir ja gar nicht, dass Sie eine Stadtentwicklung machen aller Shang Hai mit einem Tempo wie der Transrapid von 400 Stundenkilometern. Das erwarte ich mir gar nicht. Ich erwarte mir ja nicht einmal mehr, dass Sie Stadtentwicklung machen im Bereich des Tempos eines EC oder IC. Mir wäre ein Eilzugstempo ja schon recht. Aber derzeit haben wir eine Politik à la Bummerzug. Das ist schlichtweg zu wenig. Deshalb wird es in dieser Stadt nicht einmal mehr ausreichen, das Lebensalter vom Medusalem zu erreichen, weil in diesem Bummerzugstempo wird nie etwas weiter gehen. Wie gesagt, Papier ist sehr geduldig, aber ich denke mir wir Manda-

tare und auch die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die sind nicht mehr so geduldig, dass da ein Jahr ums andere hereinzieht und nichts tatsächlich passiert. Das, was dann auch ein Punkt ist, der mir sehr weh tut, nicht nur, dass wir Zukunftsprojekte verschlampen und irrsinnig viel Geld ausgeben für Konzepte die nicht umgesetzt werden, da liegt sehr viel Geld drinnen in diesen Konzepten, aber umgesetzt, wie gesagt, ganz wenig, sondern wie gehen wir auch mit bestehenden Objekten um. Der Innerberger Stadl ist so ein Beispiel. Ich sage bewusst der Innerberger Stadl, ich sage nicht das Museum der Stadt Steyr, weil das ist längst kein Museum mehr. Überkleben Sie bitte die Tafel wo steht Museum. Streichen Sie es bitte durch, weil, und das sage nicht ich, wie gehen wir mit dem bedeutendsten Wirtschaftsgebäude der Renaissance in Österreich um. Das bedeutendste Wirtschaftsgebäude der Renaissance in Österreich. Das ist nicht irgendetwas. Das ist kein Museum mehr. Weil wenn Sie sich die Definition vom internationalen Museumsrat anschauen, dann ist da ganz klar definiert was ein Museum ist. Das Museum ist eine nicht gewinnorientierte ständige Einrichtung die für die Öffentlichkeit zugänglich ist und materielle Belege des Menschen und seiner Umwelt zu Zwecken des Studiums, der Erziehung und der Freude, jetzt kommt es, erwirbt, erhält, erforscht, vermittelt. Wo passiert in diesem Museum Forschung? Wo passiert in diesem Museum wirklich Vermittlung? Wo ist die Geschichte des Erhaltens, des Konservierens? Ja, in Rumpelkammern ist etwas aufbewahrt, und das ist es dann. Also, laut internationalem Museumsrat ist das längst kein Museum mehr. Es ist auch kein Museum nach der Definition des Deutschen Museumsverbandes, weil da steht auch ganz klar drinnen, Voraussetzung sind geeignete Räumlichkeiten, die sind es auch nicht mehr, und

Fachpersonal zur Vermittlung, zur Konservierung usw. Das sind ganz klare Definitionen. D. h., wenn Sie nicht endlich etwas tun, überkleben Sie den Bereich Museum, weil das ist keines mehr. Ich denke mir, einer der weiteren Redner wird vielleicht hoffentlich noch auf dieses Thema eingehen, dass wir nicht nur die Zukunftsobjekte verschlampen, sondern auch wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen. Das finde ich schon sehr schlimm. Wenn Sie sich diesen Zustand im Museum anschauen, der sich seit Jahren nicht verändert hat und wo nichts passiert und wo es auch ewig viel an Schubladenkonzepten gibt und wie gesagt, Museum ist das längst keines mehr. Wir haben ein Museum in Steyr das ist das Museum Arbeitswelt, aber wir haben kein Stadtmuseum mehr. Davon haben Sie sich leider schon seit langem verabschiedet. So, und das ist sich wunderbar ausgegangen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, Herr Kupfer.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste. Ich versuche eine lösungsorientierte Stellungnahme zu diesem Thema abzugeben. Warum lösungsorientiert? Weil ich glaube, dass Stadtentwicklung, Stadtplanung die zentralste politische Aufgabe in der Politik und Stadtpolitik ist. Wir können jetzt trefflich darüber diskutieren, ob das jetzt ein Thema der "Aktuellen Stunde" ist oder nicht, wir haben es jetzt auf dem Tablet und ich denke mir wir sollen es auch nutzen, wir sollen es auch grundsätzlich diskutieren.

Stadtentwicklung ist eine lebende und lebendige Materie die einem ständigen politischen Prozess ausgeliefert ist und ein Stadtentwicklungskonzept ist ja nicht umsonst auf 10 Jahre, laut öö. Raumordnungsgesetz, definiert und nach 10 Jahren sollte man es eigentlich überarbeiten. Ich glaube es ist auch einmal ganz wichtig zu sagen, für was hat man ein Stadtentwicklungskonzept. Es ist die Grundlage der Flächenwidmungsplanung, es ist die Grundlage für Bebauungsplanungen und es ist Grundlage für viele Detailplanungen. Ich werde mich jetzt hüten sozusagen in den Chor über erledigte und nicht erledigte Dinge einzustimmen, denn ich glaube, dass das Thema für uns alle insofern wichtig ist, dass wir es an drei Punkten anpacken. Wir haben sehr viele Detailkonzepte die zum Teil diskutiert sind, wo es zum Teil politische Übereinstimmung gibt, zum Teil aber keine politische Übereinstimmung gibt, aber wir haben diese Konzepte nicht zusammen gefasst. Wir haben sie nicht zusammen gefasst oder untergeordnet in das Stadtentwicklungskonzept. Sie sind sozusagen solitär, stehen sie ein bisschen herum. Das ist meines Erachtens auch das Problem von unserem Stadtentwicklungskonzept. Wir haben 1992 damit zum Arbeiten angefangen, haben es erst 2002/2003, korrigiert mich, beschlossen, also 10 Jahre danach. Warum wir es beschlossen haben, das wissen wir auch, weil wir es beschließen haben müssen, weil sonst wäre der Flächenwidmungsplan wieder nicht gültig. D. h., wir arbeiten auf Grundlagen herum die eigentlich nicht mehr großartig aktuell sind. Ich denke mir es gibt drei Punkte die bei einem Stadtentwicklungsprozess wichtig sind. Der erste Punkt ist einmal die Maßnahmenplanung. Wir arbeiten sozusagen mit einer Maßnahmenplanung basierend auf 1992, 1995, wie auch immer, wir wissen es alle eigentlich nicht mehr. Wie schaut der Zeitplan aus?

Wie schaut die Prioritätenreihung aus? Das ist uns eigentlich nicht bekannt. Warum ist es uns nicht bekannt? Eh klar, weil sich einfach auch viel verändert. Das muss man sich einfach einmal zugestehen. Das ist ein lebendiger Prozess und darum, da bin ich beim zweiten Punkt, neben dieser notwendigen Maßnahmenplanung muss man eigentlich eine laufende Evaluierung machen. Das ist das was nicht passiert ist. Diese laufende Evaluierung kann meines Erachtens nicht intern passieren, sondern auch da bräuchten wir sozusagen externe Begleiter und eigentlich, so wie gesagt wurde, bei einem Stadtentwicklungskonzept, dass es ein externer Berater machen muss, der mit den Fachleuten aus der Politik und mit den Beamten das macht. Das kann keiner hier herinnen machen. Für das gibt es Stadtentwickler und das ist meines Erachtens dringend notwendig, weil durch diesen Dschungel, den wir mittlerweile haben, kann keiner mehr durch. Der dritte Punkt ist der, und ich habe das schon ein paar Mal erwähnt, ich glaube, dass wir an dem Zeitpunkt sind einen neuen Prozess starten zu müssen. Wir können jetzt lange darüber diskutieren, ob jetzt was umgesetzt wurde oder nicht, was 1992, 1995, 1998 diskutiert worden ist, ob das jetzt vom Bürgermeister erledigt worden ist oder verschlampt worden ist, ob der Landesrat zuständig ist oder nicht. Wir brauchen ein Planungsinstrument das uns hilft. Die Diskussion die wir da jetzt führen, die wird jetzt zu ein paar netten politischen oder medialen Äußerungen führen, kann vielleicht im Wahlkampf den einen oder anderen helfen, aber der Stadt und der Stadtentwicklung bringt das meines Erachtens relativ wenig.

Dass es genug Themen gäbe, das möchte ich auch kurz ansprechen. Es sind oft gar nicht so die spannenden Themen oder die auch so gut verkaufbar sind, weil Stadtentwicklung heißt auch, sich z. B. Gedanken zu machen,

wie weit wollen wir eigentlich wachsen, wie schaut es mit unsere Ränder aus, wollen wir den Grünraum schützen. Weil wenn es um das geht müssten wir eigentlich sagen, im Stadtentwicklungskonzept ist eindeutig drinnen gestanden, Staffelmayr greifen wir nie an. Da hat sich aber der hohe Gemeinderat unter politischem Druck nicht daran gehalten. Es war eine der Kernaussagen von Breitling. Dann geht es in der Stadtentwicklungsplanung und bei einem Konzept ganz klar um die Baulandreserven. Eines der wichtigsten Themen. Breitling hat nicht zu Unrecht festgestellt, dass wir Baulandreserven en masse haben, insbesondere im Zentrum. Und das ist dann die unangenehme Sache, dass man sich Gedanken machen müsste, wie kommen wir zu einer Verdichtung im Stadtzentrum, wie schaut diese Verdichtung aus. Da muss man auch einmal klar sagen, wir können nicht in Konkurrenz treten mit den Umlandgemeinden, wenn es um Einfamilienhäuser geht. Das schaffen wir nicht. D. h., wir müssen auf qualitativen Wohnbau setzen, wo wir dann aber einige verlieren. Die wollen dann einfach nicht mehr bei uns in der Stadt sein. Da muss man auch so ehrlich sein, die werden wir nicht halten können. Das sind einfach Themen, die man diskutieren muss.

Vielleicht noch ein paar Punkte. Gestaltungsbeirat, was der Kollege Mayrhofer angesprochen hat, Schiffmeisterplatz. Ich glaube, wir leben in einer Stadt wo wir sehr stolz darauf sein können, dass, so wie sie aussieht über Jahrzehnte, Jahrhundert, so der Zustand erhalten geblieben ist. Nicht zuletzt auch das Thema Wehrgraben. Wenn man sich anschaut wie der Bodenverbrauch in den letzten 5, 10 Jahren sich entwickelt hat und wie er in den letzten 50 Jahren und in den letzten 100 Jahren war, dann, sich das vorzustellen, wenn das so weiter geht, wie schauen wir da aus. Aber gehen wir zurück ins Zentrum, gehen wir zu-

rück zu Schiffmeister. Das sind meines Erachtens Themen die so heikel sind, dass man jetzt nicht sagen kann, da haben wir jetzt zufällig zwei Architekten gehabt die ein kurzfristiges, wirtschaftliches Interesse gehabt haben und wir haben so eine tolle Idee, dass wir ein Hotel bauen und der Gestaltungsbeirat hat sich erlaubt zu sagen, das ist ein „Schass“, das schaut nicht gut aus. Sind wir doch froh bitte. Sind wir doch bitte froh, dass wir den Gestaltungsbeirat haben, der nicht nur sozusagen die Innensicht von uns da hat, nicht nur diese kurzfristige Sicht hat, sondern von außen herein schaut, sicher auch, wie der Breitling sagt, das eine oder andere Mal daneben haut. Das ist keine Frage. Aber das ist doch gut, weil dann kommt es in Diskussion. Und speziell bei diesen Punkten, bei diesen sehr sensiblen Punkten in unserer Stadt müssen wir äußerst, äußerst vorsichtig sein. Schiffmeister ist so ein Thema und alle Themen die da angesprochen worden sind, Stadtplatz im Aufbruch, sämtliche Aktivitäten die da diskutiert wurden, gebe ich allen, allen Recht, aber wir werden, und damit möchte ich auch enden, zu keiner Lösung kommen, wenn nicht der politische Konsens geschaffen wird, wenn wir es nicht schaffen, das Ganze in ein gemeinsames Papier zu bringen. Mein Appell ist es, mich wird es höchstwahrscheinlich nicht mehr betreffen, dieser Prozess muss neu gestartet werden. So, mit diesen Dingen, wird man zu keiner Lösung kommen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Hack bitte.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Pres-

se. Der Herr Vzbgm. Bremm hat zuerst einmal wohlweislich, also aus seiner Sicht, verschwiegen, dass der Herr Breitling geschrieben hat, beim Reithoffer draußen, im Zusammenhang mit Reithoffer: Für die Schaffung einer Tagungsstätte mit Saal, Gaststätte und Seminarräumen, würde sich das Reithoffer-Areal mit dem denkmalgeschützten Fabrikbau recht gut eignen. Im Zusammenhang mit einer Stadtentwicklung hat er von einem Amtstempel glaube ich nichts am Hut gehabt.

Zwischenruf: Musikschule

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Stadtentwicklung ist Kulturentwicklung, weil es drückt sich ja eigentlich der Wohlstand und das ganze Wohlbefinden der Leute ja auch in der Kultur nach außen aus. Wir haben ja schon sehr viel gesprochen über Stadtplatz im Aufbruch, Stadtplatz Innenstadt und da kommt man zwangsläufig zum Museum. Es ist so. Ich habe Ihnen schon einmal zu Gehör gebracht, vom 26. Juni 1929, wo unter anderem der Herr Professor Michael Blümelhuber darauf hingewiesen hat, dass der Zustand des Museums katastrophal ist. So, es hat sich offensichtlich nichts geändert. Ich habe Ihnen damals auch Bilder gezeigt. Es ist aber nach wie vor katastrophal. Und das ist unsere Visitenkarte der Entwicklung der Stadt Steyr. Jetzt wurde wir dann eingeladen und wurden beauftragt Herren ein Museumsentwicklungskonzept zu machen. Da hat es vier gegeben. Bogner & Lord, die Fabrikanten Dr. Kräftner und spurwien. Spurwien wurde für das Erste einmal auserkoren. Ich habe nur nicht klar herausgefunden was meint spurwien. Spurwien schreibt nämlich im Gestaltungskonzept, gleich ganz vorne: Der Innerberger Stadl, Grünmarkt 12 in Steyr, soll wie bisher das Museum der Stadt Wels beherbergen. Also,

ich glaube man sollte den Herren einmal sagen über welches Museum sie einen Entwicklungsplan abgeben, wovon wir überhaupt sprechen und wohin es sich in Zukunft entwickeln soll. Das ist Stadtentwicklung, das ist Kulturentwicklung und die Kultur ist sehr wichtig für die Stadt. So, d. h., wir haben ein Entwicklungskonzept von dem wir gar nicht wissen ob das überhaupt passt. Jetzt ist es ein Entwicklungskonzept, möglicherweise ein Raumentwicklungskonzept, aber es gibt kein inhaltliches Konzept und bei sehr vielen Dingen ist es offensichtlich so, wir reden zwar nicht über den Inhalt in dieser ganzen Stadtentwicklung, sondern ab und zu irgendetwas machen wir, da ist uns der Inhalt relativ egal. Inhalte werden teilweise produziert, die setzen wir aber dann wieder nicht um. Also, das ist eine ganz eigenartige Geschichte hier in Steyr.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Hast du das eh mit deinem Vorgänger abgesprochen was du sagst? Der ist da ganz heikel.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Nur kommt jetzt eine sehr gefährliche Entwicklung im Zuge der Innenstadtentwicklung und auch der Museumsentwicklung und das ist das Kripperl. Das ist eine ganz aktuelle Geschichte. Es gab gestern ein Gespräch mit dem Verein, mit den Vertretern des Vereines Heimatpflege, mit dem Herrn Bürgermeister, mit dem Herrn Zineder. Laut diesem Raumkonzept, wo ich mir nicht sicher bin ist das jetzt für Steyr, Wels oder sonst irgendwo, und es ist ein Raumkonzept, ohne dass Inhalte eigentlich da drinnen noch besprochen wurden und dass man klar gelegt hat, was da eigentlich sein soll, sagt man, das Kripperl muss hinaus. Ich weiß nicht welcher der anwesenden Herrn

und Damen da herinnen dafür ist, dass das Kripperl weg kommt.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Wohin denn?

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Aus diesen Räumlichkeiten wo es jetzt ist, soll es heraus kommen.

So, die Räumlichkeiten die vorgeschlagen wurden sind unbrauchbar. Das ist eine absolut aktuelle Geschichte. Ich möchte aber auf eines darauf hinweisen, der Verein Heimatpflege ist, glaube ich, einer der wenigen Vereine die kulturell absolut viel bringen und keine einzige Subvention, ich glaube in den letzten 100 Jahren, in Anspruch genommen hat. Dann sagt der Herr Zineder zu den Vertretern des Vereines Heimatpflege, spricht er Drohungen aus. Ich meine, das ist ja unglaublich. Ich kann nur bitte vorlesen: Mag. Zineder legt dar, dass es auch eine Variante des Umbaues gäbe, die gewissermaßen rund um das Kripperl stattfinden könne, stellt aber auch in den Raum, dass der Verein in Zukunft bei allen Projekten im Kripperl auf große Unannehmlichkeiten stoßen wird. Und das ist sehr vornehm formuliert. Ich meine, das kann doch bitte keine Stadt- und Kulturentwicklung sein, wenn man einen Verein, der positiv arbeitet und der unheimlich für die Stadtentwicklung was bringt, und da haben wir Weihnachten jedes Mal den Beweis da, und dann stellen wir Drohungen in den Raum. Ich glaube, der Herr Zineder ist Magister und sollte wissen, was solche Drohungen eigentlich bedeuten. Ich finde es wirklich stark über solche Sachen, über Stadtentwicklung da großartig zu reden und dann solche Sachen zu machen. Ich glaube, so werden wir ein bisschen ein Problem mit der weiteren Entwicklung haben.

Beifallskundgebung *verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube die letzte Wortmeldung jetzt hat mehr oder weniger ganz klar gemacht, dass die „Aktuelle Stunde“, so wie sie eigentlich im Statut vorgesehen ist, einen Sinn hätte, dass man das wirklich auch nach den Buchstaben dieses Statutes macht. Also das ist aus meiner Sicht jetzt herausgekommen, weil, dass der Kulturentwicklungsplan, nur weil da das Wort Entwicklung drinnen ist, mit der Stadtentwicklung was zu tun hat, wir haben noch nie in unserem Ausschuss über Kulturentwicklung gesprochen. Das haben wir mit Sicherheit noch nie gemacht.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Herr Bürgermeister, dieser Punkt ist beinhaltet im Stadtentwicklungskonzept.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist schon klar. Da steht drinnen, dass das ein Ziel ist ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das ist ein Bestandteil ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja bitte, jetzt bin ich am Wort, Herr Mayrhofer.

Das einzig Positive was ich heute hier herinnen erlebt habe war, dass der Gemeinderat Kupfer das Thema Stadtentwicklung wirklich so definiert hat, wie es wirklich zu sehen ist. Es gibt da viele Punkte, die man da heute ansprechen kann und ich möchte auf ein paar eingehen.

Zum einen, das Stadtentwicklungskonzept ist ja im Jahr 2003 beschlossen worden und soll für ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Die überarbeitete Version.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da ist es beschlossen worden. Es hat vorher eine lange Diskussionsphase gegeben. Beschlossen ist es 2003 und das gilt für 10 Jahre. Das hat jeder so erfahren. Die nächste Überarbeitung ist also im Jahr 2013. Dass ein Stadtentwicklungskonzept etwas Lebendes ist, was nicht etwas total Starres ist, muss jedem klar sein. Wir beschließen auch ständig hier herinnen irgendwelche Änderungen. Wir haben in der Vergangenheit, ich glaube schon 33 Änderungen des Stadtentwicklungskonzeptes auch deswegen gemacht, weil immer wieder Wünsche der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr an mich herangetragen werden, oder an uns herangetragen werden, wo es halt um Änderungen geht, die zum Teil öffentliches Interesse betreffen, aber auch private Interessen betreffen, wo der hohe Gemeinderat dann beschließt, jawohl, wir stimmen dieser Änderung zu, weil wir die Änderung so haben wollen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Jetzt meinst du aber nicht das Stadtentwicklungskonzept sondern den Flächenwidmungsplan.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die Flächenwidmungsplanung folgt ja dann darauf.

Aber das ist ja immer notwendig, dass das gemacht wird, weil wenn wir heute einen Betrieb da draußen machen und das ist im Stadtentwicklungskonzept nicht drinnen, dann können wir auch in

diesem Bereich keine Umwidmung machen und das ist in der Vergangenheit immer so gelaufen. Ich bin froh, dass das in der Vergangenheit so gelaufen ist, weil es sonst keine positive Entwicklung gegeben hätte, weil wir bestimmte Betriebe nicht ansiedeln hätten können. Da gibt es sehr wohl eine gute Entwicklung. Ich glaube, das kann ich an Hand von vielen Beispielen heute sagen, das habe ich auch bei den Mitteilungen des Bürgermeisters heute schon einmal gebracht, was sich z. B. im Stadtgut in der Vergangenheit alles getan hat, wie sich dort die Stadt Steyr sehr positiv weiter entwickelt. Da ist es so, dass es sehr wohl einen Standortwettbewerb gibt. Der Standortwettbewerb ist aber nicht so ein leichtes Thema, dass man sich einfach zusammen setzt und sagt, na ja, reden wir über ein paar kleine Themen, sondern da geht es darum, die Gemeinde Wolfers, die Gemeinde Dietach, die Gemeinde Haag oder die Gemeinde Steyr hat in Zukunft diesen Betrieb. Da hat es sehr wohl auch Meldungen gegeben, der Herr Vzbgm. Bremm hat es ja schon gesagt, da ist der Herr Mayrhofer zu mir gekommen am Montag vor dieser Entscheidung und hat gesagt, die Firma NKE ist schon in Haag, so mit einem hämischen Lächeln, so quasi, das habt ihr verbockt. In Wirklichkeit habe ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das war ein Hilfeschrei.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das war kein Hilfeschrei, sondern das war schon die klare Feststellung, die Firma ist schon in Haag. Genau das war es.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, ja. Ich werde doch nicht irgendetwas erzählen, was du mir nicht gesagt hast.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Laut Aussage des Geschäftsführers, habe ich gesagt, ist die Tendenz und die Präferenz in Haag.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, nein.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Das war ein super Hilfeschrei, der Bürgermeister ist schuld, dass NKE weggegangen ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich würde mir von einem Wirtschaftskammerobmann erwarten, dass er sich auch für den Standort Steyr mehr einsetzt, dass er mit den Firmen da intensiver in Kontakt ist. Und mit TMG, diese Gespräche habe ich geführt und du hast am nächsten Tag zu mir gesagt, du hättest mit dem Herrn Pree Gespräche geführt und deswegen ist das dann nach Steyr gegangen. Also, das ist bei Weitem nicht so. Du kannst schon geredet haben mit ihm, weil ich vorher mit dem Mag. Eder gesprochen habe, mit ihm auch die Details schon ausgesprochen habe.

Ähnliche Vorgänge hat es bei FWI gegeben im Vorfeld. Da gab es auch das Mätschen zwischen Steyr und Wolfers. Das war nicht einfach, diese Firma in Steyr zu halten. Das war nicht einfach. Gott sei Dank und durch gute und konstruktive Gespräche zwischen den Geschäftsführern, meiner Person und den Firmenvertretern ist es auch hier zu einem Abschluss für die Stadt Steyr gekommen. Wir haben das Postverteilzentrum nach Steyr geholt. Ich habe

gestern einen Abschluss mit der Firma KAPPA gemacht. Eine Firma, die eigentlich dadurch entstanden ist, dass wir das TIC haben, wo es auch immer negative Meldungen von dir gibt, wo du immer wieder sagst, wie schlecht und wie negativ das Ganze funktioniert. In Wirklichkeit hat die Firma KAPPA vor 10 Jahren mit 2 Personen begonnen. Heute sind dort 50 Personen beschäftigt und gestern habe ich einen Abschluss getätigt, dass die 11.000 bis 15.000 m² im Stadtgut kaufen werden. Also wieder eine Standortsicherung. So gibt es viele, viele Beispiele, wie sich die Stadt Steyr gerade in den letzten Wochen, Monaten sehr gut entwickelt hat.

Ich habe auch dafür gesorgt, dass das Bauhaus einen neuen, attraktiven Standort bekommt. Auch diese Verhandlungen waren nicht so einfach und sind bereits zu einem Abschluss gekommen. Dort werden in Zukunft dreimal so viele Leute arbeiten gegenüber dem jetzigen Betrieb Bauhaus, der in der Haratzmüllerstraße angesiedelt ist. Also lauter positive Entwicklungen, die durch zutun von uns geschaffen worden sind. Da bin ich überzeugt, dass das auch in Zukunft so weiter geht. In der Zwischenzeit müssen wir uns überlegen, wo wir in Zukunft noch zusätzliche Gewerbegebiete in Steyr schaffen, weil uns der Platz in diesem Bereich zu eng wird. Ich habe heute noch ein Gespräch mit einer Firma die ein Grundstück in Anspruch nehmen möchte, wo jetzt schon die Firma KAPPA drauf ist. Aber ich glaube ich brauche nicht besonders erwähnen, weil heute schon einmal gesprochen worden ist, dass wir nichts machen gegen die Abwanderung, dass da zu wenig Wohnungen gebaut werden, also auch auf diesem Sektor passiert in Steyr sehr viel. Im Münchenholz wird ein Pensionistenheim gebaut, in der Stelzhamerstraße ist der Bau von der GWG im Fertigwerden, Lillienhof wird gerade gebaut, und, und, und. Die Knoglergründe werden

laufend ausgebaut. Also, es gibt laufend Aktivitäten, die dazu führen, dass sich Bewohner in Steyr ansiedeln können. Aber ich kann natürlich nicht verhindern, das muss ich auch ganz klar dazu sagen, dass einer, der sich ein Haus bauen will, dass der in der Umgebung einen billigen Grund bekommt und dass er sich Auswärts ansiedelt.

Zum Thema Hotelbau, weil da auch immer gesagt wird so quasi wir wären hier so untätig oder so destruktiv oder wir machen nicht das Richtige. Ich bekenne mich ganz klar auch zum Gestaltungsbeirat, wenn ich auch schon einmal darüber gestiegen bin. Aber der Gestaltungsbeirat hat gerade für diesen Bereich eine hohe Verantwortung. Ich werde einen Teufel tun und ich werde mich da einmischen in die Gespräche der Gestaltungsbeiräte, sondern ich habe das Ergebnis abgewartet. Ich war auch nicht zufrieden damit, dass dieses Satzerl drinnen gestanden ist mit vorzüglich für eine Kulturverwendung soll man dort was hinbauen, sondern es war immer vorgesehen in diesem Bereich, dass ein Hotel dort hingebaut wird. Es waren jetzt 2 da und da ist auch der Dr. Kaiser stark dahinter. Das eine ist ein Designerhotel und das andere ist ein Anbieter der schon ein paar Mal da war. Ich sage einmal, ich bin mir bei beiden nicht sicher, ob überhaupt eines entsteht, aber es schaut zumindest bei einem Anbieter nicht so schlecht aus. Ich habe auch weitere Gespräche mit dem Vorsitzenden des Gestaltungsbeirates genau über diese Textierung gehabt. Wir haben lange Zeit über das Thema gesprochen, weil wir gesagt haben, es muss auch möglich sein, dass die Gestaltungsbeiräte Informationen, die einmal schon gegeben wurden, auch an die Nachfolger weiter geben. Offensichtlich ist das in dem Fall nicht so konsequent passiert. D. h., der jetzige Gestaltungsbeiratvorsitzende hat offensichtlich nicht gewusst, was vor

Jahren schon ausgemacht war, was vor allem vor Jahren dort als Schwerpunkt geplant werden sollte. Aber ich bin bei den Hotelrichtern in Steyr gar nicht so schlechter Dinge. Es wird momentan ein Hotel in Christkindl gebaut, das ist schon ziemlich weit, es werden momentan Hotelbetten zusätzlich im Werndlhof gebaut. Also, wenn da zusätzlich noch eines kommt, so schlecht ist die Situation auf dem Hotelsektor in Steyr nicht. Ich bin da sehr guter Dinge.

Zum Stadtentwicklungskonzept selbst, zur Abarbeitung. Ich habe mir vom Herrn Baudirektor noch einmal genau herauschreiben lassen, welche Themen schon umgesetzt sind und was noch nicht umgesetzt ist. Ich sage, da sind vielleicht, ich würde sagen, 20, 25 % dieser Maßnahmen die da vermerkt sind, sind nicht umgesetzt. Alles andere ist umgesetzt. Da sind weitaus die meisten Teile zumindest begonnen und teilweise umgesetzt. Es ist so, dass wird da gar nicht so schlecht unterwegs sind. Eines muss man auch dazu sagen. Die Entwicklung in der Stadt Steyr ist wirklich nicht schlecht. Wir sind momentan in einer sehr guten Situation. Das muss man auch ganz klar dazu sagen. Wenn ich erst gerade erwähnt habe, dass die wirtschaftliche Entwicklung eine sehr gute ist, aber ich glaube auch die Zufriedenheit in der Stadt, auch die Geschäftsleute sind weitgehend mit der Situation zufrieden. Ich habe auch wesentlich mit dazu beigetragen, dass wir ein Stadtmarketing geschaffen haben. Da haben wir ja vorher ein weniger professionelles Stadtmarketing gehabt. Aber mit dem Herrn Pech ist meiner Ansicht nach auch eine sehr gute Situation eingetreten.

Zum Thema Hochwasser. Da hat es eine Pressekonferenz, vorige Woche am Freitag, gegeben, in Linz, wo Landesrat Anschöber eingeladen hat und

da möchte ich auch ganz klar dazu sagen, natürlich geht es bei Hochwasserschutzprojekten, und bei Projekten dieser Größenordnung, auch um ökologische, um Naturschutzthemen, die vielleicht vor einigen Jahren noch nicht so präsent in den Köpfen der Planer waren. Das muss man auch ganz klar dazu sagen, dass es hier ja auch Gesetze gibt, die von der EU nach Österreich reinkommen. Ich möchte nur erwähnen, dass es hier das sogenannte Verschlechterungsverbot und das Verbesserungsgebot bei solchen Projekten gibt und dass das sehr wesentliche Themen auch in Europa insgesamt sind. Dazu bekenne ich mich natürlich auch, dass ich diese Gesetze einhalte. Das hat ja auch einen Sinn und für das habe ich natürlich auch Verständnis. Dass das jetzt länger gedauert hat und dass die Herren, die an und für sich schon früher sich auch zu Wort melden hätten können, wo sie auch den Auftrag vom Baudirektor gehabt haben, es aber trotzdem nicht gemacht haben und dass sich deswegen dieser ganze Planungsprozess nach hinten hinausgezögert hat, das ist halt auch einmal eine Tatsache. Was mir ganz besonders gut gefallen hat in Linz bei dieser Pressekonferenz, der Herr Landesrat Anschöber hat zu mir gesagt, er möchte absolut bei solchen Themen kein politisches Pingpong. Ich glaube, dass genau dieses politische Pingpong, das hier von dir Gunter und auch von den Freiheitlichen betrieben wird, zu dieser Sache absolut konstruktiv nichts beiträgt. Wir müssen gemeinsam, wenn wir jetzt wirklich einen wirkungsvollen Hochwasserschutz haben wollen, dann geht es nur, dass wir gemeinsam, alle politischen Parteien im Raume Steyr, zusammen helfen, damit dieser Hochwasserschutz umgesetzt wird. Und diese polemischen Meldungen, ihr habt jetzt geschlafen und ihr habt das nicht getan und das nicht getan, das ist ja doch müßig. Das ist für mich unerträglich.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wann hast du denn den letzten Hochwasserbeirat einberufen?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bitte verzeiht mir, dass ich jetzt die letzten paar Wochen keinen gemacht habe, ich werden den machen.

Zwischenrufe: Wann war denn der letzte Beirat?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Na ja, dann sollen es ein paar Monate gewesen sein. Bitte gar schön, ich bin ständig im Gespräch mit den Mitgliedern des Hochwasserbeirates und frage sie auch immer wieder, ob es gewünscht ist ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ihr sitzt eh im Ausschuss. Ihr sitzt im Planungsausschuss. Ihr könnt ständig mitverfolgen was passiert auf diesem Sektor.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Aus der Zeitung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nicht aus der Zeitung. Also Gemeinderäte haben auch jederzeit die Möglichkeit, dass sie direkt zum Herrn Baudirektor hinaufgehen und fragen, wie ist denn der Stand.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt aber einen Hochwasserbeirat in dieser Stadt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, ja, wir werden demnächst wieder einen einberufen, das ist überhaupt keine Diskussion. Aber ich werde doch nicht einen Hochwasserbeirat einberufen, wenn über Monate ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

... nichts geschieht.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

... der gleiche Stand ist. Es ist ja klar, es sind ja die Verhandlungen noch im Laufen gewesen. Es hat keinen wasserrechtlichen Bescheid gegeben. Der wasserrechtliche Bescheid ist erst seit voriger Woche da.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Aber gerade wenn es Verzögerungen gibt wäre es ja gut, wenn ein Beirat einberufen wird.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Am 26. Februar war der Hochwasserbeirat bei mir im Büro anwesend, eben wegen dieser Verzögerung.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wer ist denn da eingeladen worden?

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Der Hochwasserbeirat hat das selbst gewollt, einen Termin mit LR Anschober.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich frage nur, weil ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut. Ein Thema, da möchte ich dem GR Kupfer auch Recht geben, Andreas ich möchte noch einmal auf das Thema eingehen, wenn es ein Stadtentwicklungskonzept gibt, dann ist es notwendig, dass der hin und wieder evaluiert wird und dass man hin und wieder darüber spricht und dass da das eine oder andere an Verbesserungsmöglichkeiten in Zukunft gemacht werden muss, ist selbstverständlich. Da gebe ich dir 100%ig Recht. Vielleicht ist es notwendig, dass man die einzelnen Punkte in Abständen genauer noch einmal anschaut und evaluiert. Ob deswegen jetzt unbedingt ein Externer dazu herangezogen werden muss, das müssen wir uns überlegen, weil ich gebe dir auch Recht, dass ein Stadtentwicklungsspezialist in unserem Haus wahrscheinlich in der Qualität die wir vielleicht brauchen würden, nicht vorhanden ist und weil wir wahrscheinlich nicht die entsprechenden Kapazitäten haben. Aber wir werden das auch beraten. Über diesen Punkt muss man ernstlich reden. Das ist für mich überhaupt kein Thema, ist entsprechend zu beachten, dass man in Zukunft auch darüber schaut, wie entwickeln sich gewisse Dinge, weil dann geht vielleicht auch das Thema leicht bei jeden rein, dass es gewisse Entwicklungen gibt, die halt dann einen Ausfluss haben der doch ein bisschen anders ausschaut als ursprünglich im Entwicklungskonzept gestanden ist. Weil eines muss man auch sagen, wenn heute irgendwelche Textpassagen hier vorgelesen werden die 1992 irgendwo hineingeschrieben worden sind, dass die heute keine Gültigkeit mehr haben, das kann ich mir auch vorstellen, dass da ein paar Sachen dabei sind, die absolut nicht stimmen können.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wenn du mir mehr als 10 Minuten gibst, lese ich es dir zur Gänze vor.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Na ja, aber dass da Einiges dabei ist, das heute keine Gültigkeit mehr hat, ist für mich klar. Weil alles was da über, was weiß ich, Reithoffer drinnen steht, man hat damals auch noch nicht gewusst, dass dort die Musikschule hinein kommt. Man hat angenommen, dort kommen Wohnungen hin. Es hat dort ja auch einen Architektenwettbewerb und, und, und gegeben. Es hat sich einfach eine andere Entwicklung ergeben. Für mich verständlich und auch klar, dass da andere Entwicklungen Platz gegriffen haben und da bitte ich auch um Verständnis dafür.

Gut, das war zum Thema „Aktuelle Stunde“. Wir kommen jetzt zur **Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates**. Es sind keine vorhanden und wir kommen daher gleich zu Punkt 6), zu den **Verhandlungsgegenständen**. Ich bitte die Frau Vizebürgermeisterin, dass sie den Vorsitz übernimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Punkt geht es um die Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr. Ich glaube es waren ja sehr viele Vertreter bei der letzten Generalversammlung und da sind auch die Pflichtbereichskommandanten gewählt worden. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

1) FW-14/08

Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit vom 28. 04. 2008 wird der Feuerwehrkommandant der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr, Herr Robert Lumesberger, 4400 Steyr, Enge Gasse 29, zum Pflichtbereichskommandanten, Herr Gerhard Praxmayer sen., 4400 Steyr, Weinzierlstraße 14, zum 1. Pflichtbereichskommandant - Stellvertreter und Herr Ernst Kronberger, 4407 Steyr/Gleink, Diamantstraße 46, zum 2. Pflichtbereichskommandant – Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Steyr bestellt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Punkt 2), Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 30, Spar-Resthof; örtliches Entwicklungskonzept Nr. 1; Änderung Nr. 30 und 31. Auch diese Flächenwidmungsplanänderung wurde von den Fachleuten des Hauses geprüft. Es gibt entsprechende Stellungnahmen die alle eingearbeitet sind in diesem Amtsbericht und es spricht nichts dagegen, dass diese Änderung durchgeführt wird. Ich bitte um Zustimmung.

2) BauGru-60/06

Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 30, Spar-Resthof; örtliches Entwicklungskonzept Nr. 1; Änderung Nr. 30 und 31.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2 – sowie die Änderungen Nr. 30 und 31 zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1 – werden entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 28. 06. 2007 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 17. 4. 2008 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zu Punkt 3). Hier geht es um eine Resolution, eingebracht von der Freiheitlichen GR-Fraktion der Stadt Steyr zum Thema Wohnbauförderung im Zusammenhang mit der Solarförderung. Ich bitte darüber die Diskussion zu führen.

3) Präs-268/08

Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend „Resolution zur Änderung der Verordnung der Wohnbauförderung neu“, insbesondere betreffend Wärmepumpen und Hackschnitzel- bzw. Pelletanlagen sowie andere Heizarten, die sich für den Betrieb mit biogenen Brennstoffen eignen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

RESOLUTION

Die oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, die im Rahmen der „Wohnbauförderung – neu“ erlassene Verordnung dahingehend zu ändern, dass nicht nur der Einbau von Solaranlagen als Voraussetzung für eine Wohnbauförderung des Landes Oberösterreich anerkannt wird, sondern auch jener von Wärmepumpen und Hackschnitzel- bzw. Pelletanlagen sowie anderen Heizarten, die sich für den Betrieb mit biogenen Brennstoffen eignen.

Begründung:

Im Rahmen der „Wohnbauförderung – neu“ hat die OÖ Landesregierung Verordnungen erlassen, die den Einbau einer wasserführenden Solaranlage als Voraussetzung für die Gewährung einer Wohnbauförderung verlangen.

Solaranlagen eignen sich in sonnenreichen Monaten zwar hervorragend für die Warmwassergewinnung, deren Ertrag sinkt aber in den Übergangszeiten wesentlich ab. In den Wintermonaten stehen sie sogar weitgehend still. Für die Gewinnung von Raumwärme sind Solaranlagen daher ungeeignet und machen die Installation eines zusätzlichen Heizsystems erforderlich.

Im Hinblick darauf sollten daher nicht nur Solaranlagen als Förderungsvoraussetzung anerkannt werden, sondern auch Wärmepumpen (Luft/Boden) sowie Heizanlagen, die mit biogenen Brennstoffen (Holz, Stroh, Miscanthus, ...) betrieben werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste.

An sich wäre es ja gar nicht notwendig den vorliegenden Antrag, der eine Resolution im Zusammenhang der geänderten Wohnbauförderungsrichtlinien zum Inhalt hat, noch näher zu erörtern oder mündlich zu untermauern. Es liegt ja auf der Hand, dass diese neue Bestimmung, diese eigentlich unsinnige Regelung, dass nur mehr dann eine Wohnbauförderung beansprucht werden kann, wenn der Förderungswerber nachweist, dass er in sein Gebäude eine wasserführende Solaranlage eingebaut hat, ein großer Nachteil für alle Betroffenen ist, weil ja diese ein weiteres Heizsystem einbauen müssen, da ja bekanntlicher Weise eine Solaranlage nicht ganzjährig effizient betrieben werden kann, insbesondere in den Wintermonaten der Nutzungsgrad entsprechend sinkt. Ein weiterer Nachteil ist der, dass andere biogene Heizsysteme, aber auch Wärmepumpen, völlig aus diesem Förderungskatalog ausgeschlossen werden und sozusagen den Solaranlagen eine Monopolstellung eingeräumt wird. Das kann doch nicht im Interesse eines effizienten Umweltschutzes sein. Inzwischen gibt es ja eine entsprechende Meldung von den Abgeordneten des Landes OÖ, der Freiheitlichen GR-Fraktion aber auch der ÖVP die verlangen, dass diese Richtlinien entsprechend der vorliegenden Resolution abgeändert werden sollen. Die haben also ein Zeichen gesetzt. Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, ebenfalls ein Zeichen zu setzen im Interesse der Betroffenen, im Interesse des Umweltschutzes, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Wir haben es natürlich schon kommen sehen, dass das auch nach Steyr schwappt sozusagen nachdem es in anderen Gemeinden auch begehrt wird, dass so quasi die Solaranlage oder die ausschließliche Solaranlage mehr oder weniger zur Warmwasserbereitung geächtet wird und dass man auch andere Energieformen durchaus nutzen soll. Im Grunde genommen war der Antrag ein bisschen unlogisch, weil ja, außer beim Passivhaus, ja ohnehin man zusätzliche Energiequellen nutzen muss, weil das Passivhaus ernährt sich energetisch sozusagen von selbst und für alle anderen Formen, außer in extremen Schattenlagen, muss man natürlich etwas dazu tun. Da ist ja ganz klar. Aber um was geht es im Wesentlichen? Die Energieeffizienz einer Solaranlage ist unschlagbar. Die ist unschlagbar.

Zwischenruf: Im Sommer

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Nicht nur im Sommer, sondern auch wenn die Sonne darauf scheint. Da kannst du einen Schneeball in die Hand nehmen, der schmilzt logischerweise, wenn du ihn länger hältst, auch im Winter. Man muss es nur aushalten, aber so ein schwarzes Rohr hält das locker aus. Was wir aber nicht aushalten als Österreicher und als Österreicherinnen auf Dauer, dass wir eines der nachlässigsten Länder Europas überhaupt sind was Klimaschutz angeht. Ich mag jetzt keine Namen nennen, weil noch ist nicht Wahlkampf aber er kommt trotzdem. Wir sind eines der nachlässigsten Länder Europas und wir werden damit rechnen müssen, dass wir Millionen, wenn nicht Milliarden, an Geldern bezahlen müssen um unsere Nachlässigkeit zu kom-

pensieren. Wie kommen wir dazu? Ganz ehrlich gesagt. Wie kommen wir dazu, dass es eine Politik in Österreich gibt, die so jenseitig ist, gemessen an allen anderen Ländern Europas. Da brauche ich nur nach Deutschland schauen. Nein, nicht nur nach Deutschland, rundherum wird die Sonnenenergie und alle anderen Energieformen trefflich genützt. Nur bei uns geht das nicht. Bei uns geht es nicht so, wie andere Länder tun. Ich glaube, dass das auch der Inhalt ist dieses Antrages. Sind wir doch bitte nicht so empfindlich. Wenn es etwas gibt wie die Sonne, die fast kostenlos herunter kommt, natürlich kosten diese Anlagen Geld, aber wenn es etwas gibt das fast kostenlos herunter kommt. Bei einem Kanal müssen wir uns auch anschließen. Einen KAT haben wir auch einbauen müssen. Wir müssen, wenn es für die Allgemeinheit gut ist, und das ist schon von A bis Z durchgerechnet worden, dann tun wir es halt bitte. Natürlich glaube ich, dass es Lobbyisten gibt im Wärmepumpenbereich die sagen, bitte schön wir möchten da auch an diesem Kuchen mitnaschen. Das ist mir ganz klar. Wenn wer das nicht will, kann er sich meinerwegen einbauen was er will, wenn es dem Gesetz entspricht, er bekommt halt keine Förderung. Das ist der politische Hintergrund, der da zu sehen ist. Eines verstehe ich noch nicht. Ich kann trefflich darüber diskutieren, aber just zum heutigen Zeitpunkt bekomme ich ein Blatt von den Tipps in die Hand, wo draufsteht „strahlende Geschäfte mit der Sonne“. Dass sich jetzt gerade die ÖVP dafür hergibt und sagt, nein, das sollten wir nicht machen, wo es ein boomender Bereich ist ...

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das sagt ja niemand, aber man kann es nicht nur alleine auf das aufhängen.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das eh nicht, aber es soll ein wesentlicher Bestandteil der Warmwasserbereitung sein.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist eine Lenkungsmaßnahme.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Tun wir doch nicht herum. Ich appelliere an Ihr Verständnis, dass, gemessen an dem was das Öl in 10 oder 20 Jahren kostet, Sie, lieber Kollege Eichhübl, genau so viel Verantwortung wie jeder andere da herinnen, dass wir uns in Oberösterreich und in Oberösterreich sind wir Gott sei Dank sehr gut unterwegs was das anbelangt. Wir haben eine ausgezeichnete Energiepolitik hier in Oberösterreich gemessen an anderen Bundesländern.

Noch einmal zurück zu kommen, diese Entwicklung nicht zu fördern, obwohl es, ich weiß es nicht wie viele, hundert oder tausende Länder auf dieser Erde machen, diese Entwicklung nicht zu fördern ist ein grobes Vergehen an der Zukunft unserer Jugendlichen, letzten Endes auch von uns. Eigenartiger Weise funktioniert es ja in der Steiermark seit zwei Jahren trefflich. Warum soll es nicht auch in Oberösterreich passieren.

Ich verstehe einen Aspekt, ja, über den können wir gut noch diskutieren. Wenn sozusagen ein Landesgesetz das vorschreibt, gibt es immer wieder so ein ungutes Gefühl dabei, dass man sagt, ja, das wird von oben vorgeschrieben und, und, und, momentan sehen wir es noch nicht, dann machen wir ein bisschen Kreuzerl und das kostet dann so viel und so viel. À la longue, und das beweist ja jede Studie, ist es die beste Form Energie zu nutzen. Wenn das

nicht ausreicht, kann man natürlich auch andere Formen wählen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das musst du ja.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Muss ich ja, natürlich. Aber sich gegen das zu stemmen, dass diese Energie, die kostenlos da herunter kommt, sozusagen nicht integriert ist, das finde ich ehrlich gesagt eine ziemlich dunkle Aussicht, ganz persönlich gesagt, eine ganz dunkle Aussicht in die Zukunft.

Gehen wir noch einmal zurück auf mein Anfangsstatement. Wir Österreicher sind nicht weltspitze. In manchen Dingen vielleicht. Erinnern wir uns, wenn in fünf oder 10 Jahren der Strich unter die Rechnung gemacht werden muss und wir in Millionenhöhe Zertifikate aufkaufen müssen. Da ist das, gemessen an dem was unsere Bürgerinnen und Bürger leisten müssen, ein Klacks dagegen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Altmann.

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, das was man da einmal komplett außer Streit stellen sollte ist das Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Ich glaube, dass das ein Gebot der Stunde ist und ich glaube, dass das aber mit der vorliegenden Resolution auch nicht angezweifelt wurde. Da war lediglich drinnen, dass die Freiheitliche GR-Fraktion sagt, so wie auch jetzt die ÖVP auf Landesseite sagt, es sollte, wenn es um Förderungen geht für die

Wohnbauförderung, sollte nicht exklusive eine alternative Energiequelle, nämlich die Solarenergie, der Förderung unterzogen werden, sondern auch alternative andere Dinge wie z. B. Wärmepumpen und Pelletsheizungen für biogene Brennstoffe. Ich kann mich diesem Entschluss eigentlich wirklich nur anschließen, weil wenn man sich bei uns die Region anschaut, so ist es letztendlich auch so, dass es sehr, sehr viele Regionen im Steyrtal, Ennstal usw. gibt, wo vielleicht Häuser in einer Hanglage sind, in einer Schattenlage sind, wo der Wirkungsgrad aus der Solarzelle sicher nicht so ein großer ist und auf der anderen Seite haben wir einen enormen Fundus von biogenen Brennstoffen da eigentlich vor der Haustüre den man durchaus auch nutzen könnte, sinnvoll nutzen könnte. Ich werde aus diesem Grund dieser Resolution auch die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Zusätzlich noch, interessant ist auch noch, wenn das jetzt schon gegolten hätte, dann hätten wir wahrscheinlich für das Reithofferareal und die Taborstadthalle auch keine Förderung bekommen, weil da gibt es nämlich auch keine Solarzelle. Vielleicht muss man sich das dann auch überlegen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber das ist kein Wohnbau.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der GR Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen, lieber Kollegen. Lieber Kollege Apfelthaler, ich werde deinem Chef Anschöber mitteilen, wie du ihn heute bravourös verteidigt hast. Vielleicht hat er nächstes Jahr für dich eine entsprechende Verwendung, weil in Wirklichkeit glaube ich kannst du das ja nicht selbst glauben, was du heute da so von dir gegeben hast. Es geht ja um nichts anderes, dass man die Förderung natürlich dem Einzelnen überlässt, die Förderungsrichtlinien so gestaltet, dass der Einzelne die Möglichkeit hat, Alternativenenergien entsprechend zu nutzen und sich auch auszusuchen. Wir brauchen keine Zwangsbeglückungen, um das geht es in erster Linie, es gibt auch etwas anderes als Solar. Solar ist sicher nicht schlecht, aber es gibt auch viele andere Dinge und die soll der Einzelne auch nutzen können und dann auch in den Genuss der Förderung kommen. Um nichts anderes geht es. Wir brauchen keinen Brüssler Reglementierwahn, der jetzt offensichtlich das Land und inzwischen auch die Gemeinden erreicht hat. Das lehnen wir ab. Es muss die Wahlmöglichkeit bestehen und das soll mit dieser Resolution zum Ausdruck kommen.

Vielleicht eine Nebenbemerkung. Kollege Bremm, du warst ja selbst lange in der Arbeiterkammer tätig, dort haben sie uns informiert, dass alleine im Wärmepumpenbereich z. B. 1.200 Arbeitnehmer in Oberösterreich beschäftigt sind. Die melden jetzt schon heftigste Bedenken an, wenn man da auf verschiedene Alternativen geht entsprechend per Gesetz los geht. Das ist das Letzte was wir brauchen. Ich kann nur appellieren, dass alle diese Resolution unterstreichen. Ich bin nämlich davon überzeugt, dass das Land mit dieser Förderungsrichtlinie wahrscheinlich auf Dauer sowieso nicht durchkommen wird und das ändern wird.

Beifallskundgebung *verschiedener Mandatare*

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir glauben, dass diese Maßnahme Sinn macht. Man kann hier nicht von Zwangsbeglückung reden. Aber eines was wir schon erlebt haben und was wir ständig erleben und unter dem wir leiden, dass so einfach die Bereitschaft, die uneingeschränkte Bereitschaft in der Bevölkerung umweltverträglich zu leben, zu heizen und viele andere Dinge, das ist äußerst sparsam. Der Aufschrei von den großen Wissenschaftlern jeden Tag, wie wir mit unserer Umwelt umgehen, zwingt uns halt, dass wir bestimmte Lenkungsmaßnahmen machen müssen. Ohne dem wird es nicht gehen. Mit dieser Regelung ist ja nicht gesagt, dass nicht auch mit Pellets, Wärmepumpen, Holz oder was weiß ich was geheizt werden kann. Es wird nur vorgeschrieben, dass eine Solaranlage notwendig ist um die Wohnbauförderung zu bekommen. Ich kann mir jede Heizung zusätzlich hineingeben, aber es gehört halt dieser Teil dazu und das macht schon einen Sinn.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Warmwasserteil.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ja, für Warmwasser. Diese Solaranlage, von der wir reden, ist ja nur für Warmwasser. Eines muss ich schon sagen ...

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Komm Kurt, wir wollen das alle hören.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Bevor ich da jetzt heraus schreie. Wenn ich jetzt eine Wärmepumpe für die Heizung nehme z. B. Warmwasseraufbereitung und ich will mich jetzt duschen, brauche ich 60 Grad. Hast du schon einmal erlebt, wenn eine Wärmepumpe 60 Grad zusammen bringen muss, die raucht weg wie ein LKW im Schnellgang, weil die muss innerhalb kürzester Zeit sozusagen den Kessel aufheizen. Bei 30 oder 35 Grad Vorlauftemperatur für eine Heizung ist eine Wärmepumpe super, weil die läuft halt so dahin. Aber wenn ich kein anderes alternatives Mittel habe, dann wird es ein bisschen eng für eine Wärmepumpe.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Mit mehr als 37 Grad habe ich mich noch nie geduscht.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es ist ja gut, dass die Europameisterschaft kommt, weil dann haben wir wieder 8 Millionen Experten im Fußball. Jetzt haben wir lauter Experten was die Energiefrage anbelangt. Also in Wirklichkeit wird da ja sehr unsachlich umgegangen, weil dass wir die Resolution da heute haben ist uns ja nur deswegen beschert, weil im Land die Freiheitlichen zu wenig sind, dass sie sich da durchgesetzt haben, weil im Land seid ihr dagegen gewesen, die ÖVP war auch nicht begeistert und da gibt es auch anscheinend ein Revanchefoul, was man so ein bisschen zwischen den Zeilen hört, und jetzt benützt man halt das und transportiert das auch nach Steyr. Das ist in Wirk-

lichkeit der Hintergrund, weil von der Sache selbst müsstet ihr da auch dafür sein und das auch unterstützen, dass hier Solaranlagen installiert werden müssen um das wirklich auch zu steuern und eine Richtung einzuleiten. Wir werden noch, ich vielleicht nicht mehr, weil ich doch schon ein gewisses Alter habe, aber die Jüngeren in unserem Kreis werden sich noch ...

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Du willst es aber auch warm haben.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Warm will ich es auch haben, ja und leben will ich auch noch und das so lange als möglich. Aber die Jüngern werden sich noch, in Anbetracht der Umweltverschmutzung, was da alles hereinfällt von uns, mit wesentlich anderen Maßnahmen beschäftigen müssen um wirklich da dem entgegen zu wirken. Wir werden dieser Resolution nicht zustimmen, sondern die Maßnahmen der Kollegen Kepplinger und Anschöber unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Zweite Wortmeldung vom Kollegen Eichhübl. Bitte sehr.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe eigentlich gar nicht damit gerechnet, dass unser Antrag zur allgemeinen Erheiterung beiträgt. Ich möchte doch aber zum Ernst der Sache zurück kehren und Ihnen bekannt geben, warum ich mich eigentlich ein zweites Mal zu Wort gemeldet habe. Und zwar deswegen, weil einerseits der Kollege Apfelthaler offensichtlich den Antrag von uns nicht ordentlich durchgelesen hat und nicht erkannt hat um was es

eigentlich geht. Er hat es so dargestellt, als würden wir in diesem Antrag verlagen, dass die Solarenergie ausgeschlossen wird. Kollege Apfelthaler, dem ist nicht so. Ich lese dir nur den letzten Satz vor, was da drinnen steht: Im Hinblick darauf sollten daher nicht nur Solaranlagen als Förderungsvoraussetzung anerkannt werden, sondern auch Wärmepumpen, Luft/Boden, sowie Heizanlagen die mit biogenen Brennstoffen, Holz, Stroh, Miscanthus betrieben werden. Übrigens, Miscanthus gehört zu den Süßgräsern, wird auch gemeinhin Chinaschilf genannt und hat einen sehr hohen Heizwert und ist eine schnell nachwachsende Pflanze. Nur zur Information.

Aber auch der Kollege Bremm hat sich offensichtlich nicht richtig ausgekannt. Ich habe schon festgestellt, mit Verwunderung, dass er uns da unterstellt, dass wir keine Lenkungsmaßnahmen im Sinne des Umweltschutzes haben wollen. Ja selbstverständlich wollen wir Lenkungsmaßnahmen haben. Wir unterstützen die Solaranlagen, aber auch andere Anlagen. Das steht ja klar und deutlich herinnen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich weiß eh was du willst, dass Solaranlagen nicht zwingend sein müssen.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Dass nicht nur die Solaranlage als Förderungsvoraussetzung anerkannt wird, sondern auch andere biogene Heizanlagen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Statt der Solaranlage.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Nein, nicht statt der Solaranlage. Er hat den Antrag wirklich nicht gelesen. Herr Kollege Bremm, darf ich es dir

zeigen, damit du nicht den falschen Absatz liest, da steht es: Sollen daher nicht nur Solaranlagen, sondern auch andere Anlagen die mit biogenen Stoffen betrieben werden können. Das nur zur Klarstellung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Da kennst dich du jetzt nicht aus, Roman. Es ist, wenn ich eine Solaranlage habe, wenn ich die installiere und ich habe auch die Pellets oder eine Wärmepumpe, die hast du sowieso drinnen, dafür bekomme ich sowieso die Wohnbauförderung. Aber zwingend vorgeschrieben ist die Solaranlage.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Und nach diesen neuen Bestimmungen sind andere Maßnahmen zur Förderung ausgeschlossen.

Zwischenrufe: Nein!

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Na selbstverständlich, darum verlangen wir ja die Erweiterung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Nur die Solaranlage ist zwingend. Wenn ich zusätzlich eine Wärmepumpen- oder Pelletsheizung habe, bekomme ich trotzdem Geld.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Aber es ist so, wenn ich jetzt keine Solaranlage in mein Haus einbaue, bekomme ich keine Förderung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Vollkommen richtig.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Und warum soll ich ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Jetzt weiß ich nicht, bin ich am Wort oder wer?

Ordnungsruf

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ich bin sonst eh nicht so empfindlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich habe schon für Ruhe gesorgt.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Danke Frau Vizebürgermeisterin. Es ist ja erstaunlich, da reden die Leute alle durcheinander und offensichtlich kennt sich keiner richtig aus.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber du auch nicht.

Gelächter

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister, es wäre für dich öfter gescheiter, wenn du nicht so hämisch lachen würdest. Das wäre für dich, Herr Bürgermeister viel vernünftiger, das würde auch für dich in der Bevölkerung besser deinen Eindruck nachträglich prägen, um das einmal klar und deutlich zu sagen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ist schon klar.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Aber wie gesagt, ich bin eh schon am Ende meiner Ausführung, stelle fest, dass offensichtlich der Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion nur von einer

Fraktion, nämlich von der ÖVP, richtig verstanden worden ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nächste ist die Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich bin keine Expertin in Energiefragen, aber ich kann lesen, denke ich mir. Wenn man des Lesens mächtig ist, dann denke ich mir ist völlig klar, wie ja der Kollege Eichhübl gesagt hat, dass es darum geht, Vielfalt statt Einfalt zu produzieren. Die Vielfalt heißt halt, dass ich nicht gezwungen bin eine Solaranlage zu nehmen, das kann eine Möglichkeit sein, aber auch andere Möglichkeiten vorgesehen sind. Da sind wir genau bei diesem Punkt, wo sich die SPÖ unterscheidet von anderen Fraktionen, mit Zwang zu arbeiten, imperative Maßnahme, Zwangsmaßnahme, wenn er keine Solaranlage hat, auch wenn er dafür Alternativenergie verwendet, bekommt er keine Förderung. Das wäre jetzt euer Stil. Wir sagen, wir gehen weiter, Wahlfreiheit der Menschen, keine imperative Maßnahme, nicht immer befehlen und Zwangsgewalt, weil wer weiß ob in wenigen Jahren das Thema Solarenergie schon wieder durch etwas anderes ersetzt ist, die Wissenschaft arbeitet dran. So, wir setzen uns dafür ein, indikative Maßnahmen, Anreize zu schaffen für die Bürger. Wir müssen doch froh sein, wenn die Bürger alternative Energieformen wählen

Unverständlicher Zwischenruf von GR Hackl.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
... und dürfen sie nicht zwingen in eine bestimmte Schiene, sondern ihnen Wahlmöglichkeiten offen zu lassen.

Herr Kollege Hackl, es wäre wunderbar, wenn Sie einmal hier heraußen Ihre Meinung sagen würden und nicht immer so wie in der Muppets-Show, wo die 2 so herunterrufen, das wäre einmal ganz nett.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Du hast vorher 27 Mal herausgerufen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das wäre ganz nett.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Wenn du ruhig bist, dann bin ich es auch.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Bist du am Wort?

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber vielleicht meldest du dich einmal heraußen. Du meldest die nie hier heraußen, immer nur durch Zwischenrufe.

Wie gesagt, zurück zu diesem Antrag. Ich finde es sehr schade, dass man nicht diesen Weg gehen kann, dass man dem Bürger freistellt, welche Art der Alternativenergie er macht. Ich halte diesen Antrag für sinnvoll, auch wenn ich kein Energieexperte bin, aber ich bin für Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger und ich bin froh für jede Maßnahme, wo jemand Alternativenergie einsetzt und dann soll er seine Wohnbauförderung bekommen und nicht nach einer bestimmten Schiene.

Dass man da anscheinend nicht über einen parteipolitischen Schatten springen kann, weil da am Land irgendwo Rot, Grün, Schwarz und Blau und sonst was hin und her schwirrt, finde ich extrem schade. Ihr würdet euch überhaupt nichts vergeben ...

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das ist halt unsere Meinung dazu.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber ihr würdet euch nichts vergeben, das zu machen. Oder?

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr StR Mayrhofer.

Ich würde wirklich um ein bisschen mehr Ruhe hier herinnen ersuchen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Was wollen wir alle erreichen? Dass mehr erneuerbare Energie verwendet wird und dass man nicht einfach sinnlos die Ressourcen verschleudert. Das kann doch nicht so schwer sein, dass man sich da auf einem gemeinsamen Nenner findet. Ich finde es unverantwortlich, nur eine einzige alternative Energieform herzunehmen und zwingend vorzugehen. Zwingend eine alternative Energiequelle vorzusehen, finde ich absolut in Ordnung, aber zu bestimmen das muss das sein, ohne auf die Gegebenheiten oder die natürlichen Ressourcen der Betroffenen einzugehen, ist unverständlich. Wenn der Bauer einen Misthaufen vor seinem Haus hat aus dem er Wärme gewinnen kann, warum zwingen ich ihn dann. Oder, Herr Apfelthaler, weil Sie die Wirtschaft angesprochen haben, und Sie verstehen nicht, dass die Vertretung der Wirtschaft gegen diesen

Zwang ist, dann muss ich Ihnen sagen, wir waren immer für eine Ausgewogenheit und eine Chancengleichheit. Es kann nicht sein, dass eine einzige Sparte bevorteilt wird vor allen andern. Aber von dem jetzt einmal ganz weg.

Haben Sie sich einmal alle überlegt, welche Auswirkungen das für Steyr hat? Solaranlagen auf jedem Hausdach. Stellen Sie sich unsere Innenstadt vor mit lauter Solaranlagen und Fotovoltaikanlagen am Dach. Ich möchte Sie sehen, bei Ihrer Entscheidung, die wir dann da herinnen haben und den Denkmalschutz, was er dazu sagt. D. h., da haben wir schon die nächsten Ausnahmen, weil das geht gar nicht. D. h., ein bisschen sollte man schon vorher denken bevor man solche Sachen macht. Ich bin der Meinung, sinnvolle Lösungen ja, und ich glaube das ist eine sinnlose Lösung und darum glaube ich, könnten wir wirklich alle auch diesem Antrag zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Zweite Wortmeldung von Herrn Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Also Lobbyismus in Reinkultur, das beherrscht du wirklich ausgezeichnet. Weil in Wirklichkeit geht es überhaupt nicht darum, dass ausschließlich Solaranlagen für Warmwasser ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich muss sie machen, sonst bekomme ich keine Förderung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wir reden, und das müsst ihr einmal verstehen, ihr habt zu uns auch vorher gesagt wir verstehen es nicht, jetzt sage ich, ihr versteht es nicht was wir meinen, von Warmwasseraufbereitung. Hier ist von Warmwasseraufbereitung die Rede und nicht das Haus zu beheizen und die anderen Energien wo was benötigt wird da damit zu ersetzen. Von dem redet überhaupt kein Mensch, sondern Warmwasser. Es ist ein kleiner Teil. Da geht es nicht um erneuerbare Energie. Du musst dir das schon alles durchlesen. Es geht nicht um erneuerbare Energie, lieber Gunter Mayrhofer, es geht hier darum, die CO 2 Werte zu senken. Mit euren Alternativen die ihr dabei habt, was da drinnen steht in diesem Antrag, das ist gerade das Gegenteil. Pelletsheizungen und Holzheizungen, da wissen wir ...

GEMEINDERAT
DR. HELMUT ZÖTTL:
CO 2 neutral.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die sind überhaupt nicht CO 2 neutral. Eine Holzheizung ist ...

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Jetzt hört endlich einmal zu. Wirklich wahr, ich bin eh der geduldigste Mensch. Er kommt heraus und redet und ihr redet wie ihr wollt. Verstehst.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Du hast es mir angeboten.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe es dir angeboten, freundlicher Weise, weil wir uns so einig sind darüber.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ich habe dich nicht im Sturm genommen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das gelingt dir auch nicht. Es geht nicht um erneuerbare Energie, sondern es geht um die CO 2 Emissionen zu senken. Das ist ein kleiner Beitrag mit den Solaranlagen, den wir hier damit leisten. Wie jeder sein Haus dann heizt, wie er die Wärme, wie er seine Heizung betreibt, ist nach wie vor frei überlassen und schränkt ja überhaupt nicht die Wohnbauförderung ein. Es ist nur zwingend vorgeschrieben, dass er für die Warmwasseraufbereitung die Solaranlagen braucht.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Die kann ich anders auch machen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Na freilich, du kannst mit Holz heizen. Mit offenem Feuer kannst du auch heizen. Unverständlich, dass ihr das nicht versteht. Da gibt es irgendwelche Hintergründe, warum ihr da so hartnäckig seid. Wir werden schon noch darauf kommen, was der Hintergrund ist. Das ist Lobbyismus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Oppl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Herr Kollege Eichhübl und Herr Kollege Mayrhofer ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDRIKE MACH:

Ihr müsst aufpassen, sonst wisst ihr es wieder nicht, weil sonst könnt ihr auf die Energiemesse nach Wels fahren, damit ihr einmal aufgeklärt werdet.

Gelächter

STADTRAT
WALTER OPPL:

Lieber Gunter Mayrhofer, auf deine letzten Worte in deiner Wortmeldung zurück zu kommen, wie man sich die Altstadt vorstellt wenn lauter Solaranlagen da sind. Ich denke mir, wir haben nicht vor, dass wir die ganze Innenstadt schleifen und Neubauten aufziehen, weil diese Verordnung gilt für die Wohnbauförderung für Neubauten und nicht für einen Umbau oder Altbauten. Punkt 1). Also das kann da einmal nicht grundsätzlich passieren.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Der Payrleithner hat z. B. gerade geredet von einem Grundstück wo ein Neubau passieren soll im Altstadtgebiet.

STADTRAT
WALTER OPPL:

So eine Solaranlage kann man sicherlich so platzieren, dass das auch vom Ortsbild her in keinster Weise schädigend ist. Aber würden wir diese Resolution, und das meine ich jetzt wirklich ganz sachlich, ohne zu polemisieren, ich lese euch jetzt einmal den Text vor, wie er von der FPÖ-Fraktion eingebracht worden ist. „Die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, die im Rahmen der Wohnbauförderung neu erlassene Verordnung dahingehend zu ändern, dass nicht nur der Einbau von Solaranlagen als Voraussetzung für eine Wohnbauförderung des Landes Oberösterreich anerkannt wird, sondern auch jener von Wärmepumpen und Hackschnitzel

bzw. Pelletsanlagen, sowie anderen Heizarten, die sich für den Betrieb mit pyrogenen Brennstoffen eignen.“ Das heißt, es wird nicht die Solaranlage vom Land gefördert, es wird nämlich der Einbau einer Solaranlage vorgeschrieben, damit man in den Genuss einer Wohnbauförderung kommt. Wenn das so beschlossen würde, dann würde das heißen, dass hinkünftig alle Häuselbauer eine Solaranlage machen müssen, gezwungen sind eine Wärmepumpe einzubauen usw.

GEMEINDERAT
Dr. HELMUT ZÖTTL:
Oder!

STADTRAT
WALTER OPPL:

Nein, nicht oder, da ist kein oder. Es ist auch komplett egal, es geht einfach um den Umstand, dass mit den Solaranlagen in unseren Breitengraden sicherlich nur im Sommer Warmwasser erzeugt werden kann und es ist nie und nimmer die Rede von einer Heizung.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Ich war selbst dabei bei der Installation bei meinem Schwager. Erzählen Sie mir doch nichts.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Darf ich bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf doch wohl einen Einwand machen, wenn man technisch nicht weiß, wovon man redet.

STADTRAT
WALTER OPPL:

Das ist jetzt eine Unterstellung von Ihnen, dass Sie punkto Solaranlagen technisch besser in Ordnung sind wie

ich, das nehme ich zur Kenntnis, aber ich darf trotzdem meine Meinung sagen. Darf ich das schon?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Bleib du bei VW ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Eines muss man schon sagen, keiner hat dieses Fach gelernt, ihr könnt nur nachsagen, was euch vorgesagt wird.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Es geht einfach um den Sinn dieser Bestimmung, dass man mit einer Solaranlage, die sicherlich nicht für eine Heizung geeignet ist, aber mit Sonnenenergie Warmwasser erzeugt und sich dadurch innerhalb einer gewissen Zeit andere Energiearten wie Strom usw. einspart. Aber dass man mit einer Solaranlage im Winter komplett ein Haus beheizen kann, ich glaube das steht außer Zweifel, dass man das nicht kann. Genau das ist der politische Hintergrund, es hat auch Zeiten gegeben wo man Vorschriften gehabt hat, dass man einen Luftschutzbunker bauen musste, da hat sich auch keiner aufgeregt, das haben wir auch schlucken müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Kollegin Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es ist schon interessant, welche Emotionen dieses Thema hervorruft. Ich den-

ke mir, wieder zurück auf die sachliche Ebene, ist wirklich nichts anderes als Wahlfreiheit zu machen. Ich glaube, genau das Beispiel am Schluss, mit dem Einbau von Luftschutzbunkern usw., zeigt, dass mitunter Maßnahmen nicht wirklich sinnvoll waren, aus ihrer Zeit sehr wohl zu verstehen sind, aber im Nachhinein es wahrscheinlich nicht sinnvoll war, das den Leuten vorzuschreiben, weil es nicht wirklich etwas gebracht hat. Warum ich mich zum zweiten Mal zu Wort melde, ist wirklich in dem Zusammenhang ein ganz anderer Punkt, nämlich es ist ja schön, dass man sich da jetzt so für Zwangsmaßnahmen einsetzt, um eine Förderung bei der Wohnbauförderung zu bekommen, aber warum setzt man sich nicht mit der selben Vehemenz seitens der Mehrheitsfraktion dafür ein, dass öffentliche Gebäude in Steyr mit alternativer Energie versorgt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das tun wir doch!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Da passiert doch ganz wenig.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Reithoffer!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, Reithoffer ist das Einzige. Wir haben eine Stadthalle gebaut, zu Zeiten wo das schon lange möglich gewesen wäre, mit alternativer Energie zu arbeiten, es ist nicht einmal in Erwägung gezogen worden, weil man gesagt hat, das kostet uns zuviel.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das stimmt nicht!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich würde mir dieses Engagement auch wirklich seitens der Stadt erwarten, mehr in Richtung Zwangsmaßnahmen zu gehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

So, jetzt kommt das Schlusswort. Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Jetzt möchte ich noch ein bisschen zur Unsicherheit beitragen. Aus meiner Sicht, und das kann ich jetzt auch einmal aus meiner Sicht, als Hausbesitzer und als Heizungsbesitzer sagen, ich habe eine Wärmepumpe für Warmwasseraufbereitung und wenn das Gesetz damals schon gegolten hätte, dann hätte ich keine Wohnbauförderung bekommen. Ich werde aber jetzt trotzdem die Solaranlage nachrüsten, und mit dieser Solaranlage werde ich Warmwasser aufbereiten. Das bietet jede Steuerung von jeder Heizung in jedem Haus, wo ihr wohnt, in der Übergangszeit, ich sage einmal von Februar bis Mitte Mai, da ist es auch möglich, dass die Heizung so gesteuert ist, dass wenn man die Heizung im Frühjahr braucht, mit Sonnenenergie dazugeheizt wird. Das steuert sich nämlich total von selbst, wahrscheinlich mit einem ganz einfachen Thermostat. Deswegen sage ich, ist eine Solaranlage verpflichtend für die Wohnbauförderung absolut sinnvoll, weil ja die Energie gratis zur Verfügung steht. Jetzt sage ich ja, mit Lenkungsmaßnahmen haben wir in unserem gesamten Leben sehr viel zu tun. Eine ganz einfache Lenkungsmaßnahme ist z. B., dass ich auf der Autobahn nicht mehr als 130 fahren darf, wenn ich 150 fahre, dann muss ich Strafe zahlen. Das ist eine Lenkungsmaßnahme vom Staat verordnet, in Deutschland draußen darfst du 250 fahren. Da habe ich

heute Vormittag einen Vortrag von einem Wissenschaftler gehört, auch diese Zeiten werden irgendwann einmal vorbei sein, weil Deutschland das einzige Land ist, wo man unbeschränkt schnell fahren kann und wie ein Geschoss durch die Gegend fährt und irgendwann wird die Frage auftauchen, wer verantwortet die vielen Toten im Straßenverkehr und irgendwann werden Autos gebaut, so ist es zumindest heute Vormittag angeklungen, die keinen Unfall mehr verursachen, weil sie so eine gute Steuerung haben. Da wird es vielleicht auch einmal irgendeine Lenkungsmaßnahme geben, damit das wirklich auch so gekauft werden muss, oder damit das so gesteuert werden muss. Es wird immer Lenkungsmaßnahmen geben und diese Lenkungsmaßnahme führt dazu, dass in Zukunft die Umwelt zumindest in Richtung einer Verbesserung geführt wird.

GEMEINDERAT
DR. HELMUT ZÖTTL:
Herr Bürgermeister, nur eine Frage.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja.

GEMEINDERAT
DR. HELMUT ZÖTTL:
Wenn jemand dann eine Solaranlage einbaut und zusätzlich eine absolute Wahnsinnsheizung, eine Elektroheizung dazu, das ist ja total hirnrissig ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das wird er eh nicht tun, weil das liegt in der Eigenverantwortung. So blöd ist eh keiner, dass er sagt, ich baue mir jetzt aufs Dach eine Solarheizung, sondern es ist selbstverständlich, dass sie am Dach eine Solarheizung haben werden, die zukünftigen Häuselbauer und dann werden sie im Keller noch eine Wärmepumpe stehen haben, weil sie es unter Umständen ja brauchen

werden, weil im Frühjahr auch einmal längere Zeit keine Sonne scheinen könnte und deswegen braucht er eine Alternative, oder er hat eine Gasheizung dazu, aber er braucht etwas dazu.

Michaela, ich glaube, du hast es nicht verstanden, du hast es wirklich nicht verstanden, du hast diese Lenkungsmaßnahme wirklich nicht verstanden, weil die Wahlfreiheit ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt einen Unterschied zwischen Lenkungsmaßnahme und Zwangsmaßnahme. Das was Sie vorschlagen, ist eine Zwangsmaßnahme.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das ist eine Lenkungsmaßnahme, wir wollen in Richtung gesunder Umwelt gehen und da gibt es jetzt zwei Gruppen in Oberösterreich die sagen, ihr müsst Solaranlage verwenden, weil alles andere eine Verschwendung wäre. Da sage ich, da kann man darüber reden. Ich wollte euch das nur zur Klarstellung noch einmal darbringen, ich hoffe, ich habe euch jetzt nicht verwirrt.

Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

PAUSE VON 16.30 UHR BIS 17.02 UHR

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Gemeinderat. Nächste Be-

richterstatte ist die Frau Vizebürgermeister.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um das Gesundheits- und Sozialservice in Steyr.

4) Fin-23/08

Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS) – Subventionsansuchen 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 11. März 2008 wird dem Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“, vertreten durch die Vorstandsvorsitzende, Frau Doris Hagspiel, eine einmalige, außerordentliche Subvention für das Jahr 2008 in Höhe von

€107.182,--

(Euro einhundertseibentausendeinhundertzweiundachtzig)

gewährt. Die Auszahlung soll in zwei Teilbeträgen (1. Teilbetrag in Höhe von € 53.591,-- ehestmöglich, 2. Teilbetrag nach erfolgter Endabrechnung) durchgeführt werden.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/429100/757100 V3/08 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER: .

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Punkt geht es um das Tageszentrum Lichtblick in Münchenholz.

5) Fin-13/08

Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz – Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 10. März 2008 wird der Volkshilfe Steyr, Leharstraße 24, für den laufenden Betrieb des Tageszentrums „Lichtblick“ im Jahr 2008 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€79.000,--

(Euro neunundsiebzigtausend)

gewährt. Die Auszahlung soll in zwei Teilbeträgen in Höhe von je € 39.500,-- (1. Teilzahlung ehestmöglich, 2. Teilzahlung November 2008) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/424000/757100 V4/08 freigegeben.

Ich ersuche auch hier den Gemeinderat um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Punkt geht es um das Hilfswerk Tageszentrum Ennsleite.

6) Fin-8/08

OÖ Hilfswerk – Tageszentrum Ennsleite – Subventionsansuchen für das Jahr 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 10. März 2008 wird dem OÖ Hilfswerk, Dametzstraße 6, 4020 Linz, für den laufenden Betrieb des Tageszentrums Ennsleite im Jahr 2008 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€72.700,--

(Euro zweiundsiebzigtausend-siebenhundert)

gewährt. Die Auszahlung soll in 2 Teilbeträgen zu je € 36.350,-- (1. Teilzahlung im Mai 2008, 2. Teilzahlung November 2008) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/424000/757100 V5/08 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Beim nächsten Punkt geht es um den Abschluss einer Subventionsvereinbarung.

7) Fin-179/07

Abschluss einer Subventionsvereinbarung mit der Österreichischen Provinz der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul zur Führung des

Hortes St. Anna im Schuljahr 2007/08.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 25. 4. 2008 wird dem Abschluss einer Subventionsvereinbarung mit der Österreichischen Provinz der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul mit Sitz in 1062 Wien, Gumpendorfer Straße 108, zum laufenden Betrieb des Hortes St. Anna im Schuljahr 2007/08 entsprechend dem beige-schlossenen Vertragsentwurf zuge-stimmt.

Zur Auszahlung des vereinbarten Höchstbetrages von EUR 44.440,-- wird bei der VA-Stelle 1/250000/757000 (laufende Transfer-zahlungen an private Organisationen ohne Erwerbscharakter) ein Betrag von EUR 44.400,-- freigegeben. (Beilage)

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige An-nahme.

Ich danke der Berichterstatterin, nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag geht es um Fenstertausch und Vollwärmeschutz.

8) GHJ2-2/05

Vierte Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volksschule Ta bor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 03. 04. 2008 wird den Auftragsvergaben für die Ausführung der vierten und letzten Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Volksschule Tabor, Taschfried 1, an die

Fa. Gaulhofer, Pichl – Fenster inkl. Fenstertausch (€ 65.412,95 inkl. USt.)

Fa Hofmann, Haslach - Vollwärme-schutz (€ 82.465,51 inkl. USt.)

Fa. Alpine, Steyr – Baumeisterarbeiten (€ 21.763,50 inkl. USt.)

Fa. Nöbauer & Tüchler, Klam - Ein-gangsportale (€ 29.221,90 inkl. USt.)

Fa Tüchler, Wien – Sonnenschutz (€ 2.931,28 inkl. USt.)

Fa. Faatz, Steyr – Spenglerarbeiten (€ 1.300,-- inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung für die Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 203.000,-- inkl. USt.

(zweihundertdreitausend)

bei der VA-Stelle 5/211000/010000

(Volksschule Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 203.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darle-hensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeige-führt.

Ich ersuche den Gemeinderat, diesen Maßnahmen zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Beim nächsten Punkt geht es auch um Fenstertausch und Vollwärmeschutz.

9) GHJ2-08/08

Erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz – Kindergarten Wehrgraben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 03. 04. 2008 wird den Auftragsvergaben für die Ausführung der ersten Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes des Kindergartens Wehrgraben, Wehrgrabengasse 83 a, an die

Fa. Alpine, Steyr – Vollwärmeschutz (€ 19.851,26 exkl. USt.)

Fa. Hainisch, Steyr – Erneuerung der Fenster (€ 27.879,10 exkl. USt.)

Fa. SISTEC, Steyr – Erneuerung der Eingangsportale (€ 10.219,44 exkl. USt.)

Fa. Sunk, Steyr – Innenausbau (€ 11.270,-- exkl. USt.)

Fa. Klotzner, Linz – Jalousien (€ 760,-- exkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung für die Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 70.000,-- exkl. USt.
(siebzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/240000/010300
(Kindergärten Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 70.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche, auch diesem Auftrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Vollwärmeschutz – Lenkungsmaßnahme. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Auch sehr sinnvolle Lenkungsmaßnahmen. Bei meinem letzten Antrag geht es um die dritte Etappe beim Fenstertausch und Vollwärmeschutz bei der Hauptschule Ennsleite.

10) GHJ2-73/05

Dritte Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz – Hauptschule Ennsleite.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07. 04. 2008 wird den Auftragsvergaben für die Ausführung der dritten Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Hauptschule Ennsleite, Glöckelstraße 4-6, an die

Fa. ACTUAL, Ansfelden – Fenster inkl. Fenstertausch (€ 54.620,54 inkl. USt.)

Fa. Krückl, Perg – Vollwärmeschutz (€ 65.446,99 inkl. USt.)

Fa. Alpine, Steyr – Baumeisterarbeiten (€ 7.306,52 inkl. USt.)

Fa. SISTEC, Steyr – Eingangsportale
(€21.993,67 inkl. USt.)

Fa. Klotzner, Linz – Jalousien
(€6.048,54 inkl. USt.)

Fa. Seywaltner, Steyr – Malerarbeiten
(€2.595,81 inkl. USt.)

Fa. Faatz, Steyr – Spenglerarbeiten
(€1.800,-- inkl. USt.)

Fa. Lamplmayr, Steyr - Außenbeleuchtung
(€1.200,-- inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung für die Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€161.000,-- inkl. USt.
(hunderteinundsechzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wollen wir das wirklich, wollen wir nicht doch lieber Holzfenster?

Keine Fragen? Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der erste Antrag bezieht sich auf die Maßnahmen zur Ortsbildpflege, das heißt für das gesamte Budget 2008. Insgesamt sind dafür € 200.000,-- vorgesehen. Wie im Amtsbericht angeführt ist es eine sehr lange Liste, wir haben insgesamt 41 Baumaßnahmen die wir unterstützen. Natürlich können wir diese Bauvorhaben nicht mit einer Gesamtentschädigung unterstützen, sondern das verteilt sich auf bis zu 4

Jahre. Es ist aber doch ein sehr bedeutender Anreiz und wird gut in Anspruch genommen.

11) K-1/08

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2008 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 26. März 2008 wird der Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege in einer Höhe von € 200.000,-- zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der VA-Stelle 5/363000/778000 für 2008 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 160.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Hier geht es um die Abwasserbeseitigung. Wir bekommen, wenn wir uns an die Vorlagen der Wasserrechtsabteilung halten, Zuschüsse und zwar doch in beträchtlicher Form. Dazu ist es a-

ber notwendig, dass wir einen Förderungsvertrag abschließen.

12) Fin-50/06

Abwasserbeseitigung Stadt Steyr;
Bauabschnitt 16, Annahme Förderungsvertrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 16. April 2008 wird der Annahme des Förderungsvertrages (Antragsnummer A800084) der Kommunalkredit Public Consulting, Türkenstraße 9, 1092 Wien, für den Bauabschnitt 16 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Hochwasserschutzprojekt Steyr, Detailplanung „Ennsabsenkung“. Wie heute schon ausgeführt, geht es hier um die Ennsbetteintiefung, hier ist ein ziemlich großer Felsriegel, der fast 2 Meter tief abgesenkt werden muss. Gefordert wurden zusätzlich Fischaufstiege über Spital- und Haindlmühlwehr. Das war die Art Gegengeschäft, damit man hier die Zustimmung bekommen hat.

13) Wa-15/04

Hochwasserschutzprojekt Steyr;
Detailplanung „Ennsabsenkung“;
Vergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 14. April 2008 wird im Zuge der Umsetzung der Hochwas-

serstudie Steyr der Vergabe der Detailplanung für die Ennsflussbetteintiefung inkl. der geforderten Fischaufstiege über Spital- und Haindlmühlwehr in die Steyr im Ausmaß von EUR 46.200,-- an das Büro Dipl.-Ing. Gunz sowie der dazu erforderlichen ökologischen Begleitplanung in Höhe von € 10.267,20 an das Büro Dr. Eisner zugestimmt.

Die Mittelfreigabe in Summe von EUR 56.467,20 erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/631000/770000 „Konkurrenzgewässer; Kapitaltransferzahlung an den Bund“.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ebenfalls nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Auch keine, einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wir kommen hier zu einem Übereinkommen zwischen Stadtgemeinde Steyr und Bistum. Bistum ist Eigentümer des Münichholzer Waldes und hier soll ein Teil der Abtragungen gelagert werden. Dafür will das Bistum selbstverständlich auch Geld, insgesamt € 52.000,--. Das ist bei weitem billiger als der Abtransport und die Lagerung in einer Deponie oder in einer Schottergrube. Mit dem Schiff ist diese Menge an Abtragungen nicht zu bewältigen, hier würde sich die Baudauer auf mindestens 2 Jahre, wenn nicht länger, hinausschieben, sodass ganz klar die Entscheidung gekommen ist, einen Teil kann man zu einer Inselaufschüttung im Bereich Ernthofen nehmen, aber der Rest muss wo anders gelagert werden. Hier bietet sich ein eingegrenzter Bereich im Münichholzer Wald an.

14) Wa-15/04

Hochwasserschutz Steyr; Inselabtrag und -aufschüttung im Bereich Münichholzer Wald; Übereinkommen zwischen Stadtgemeinde Steyr und Bistum.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. April 2008 wird dem Übereinkommen zwischen der Stadtgemeinde Steyr und dem Bistum zur Realisierung eines weiteren Detailprojektes „teilweiser Inselabtrag und -aufschüttung im Enns-Fluss“ zum Hochwasserschutz der Stadt Steyr, insbesondere der Aufschüttung im Münichholzer Wald mit Material aus dem Inselabtrag im Ausmaß von etwas EUR 52.500,-- zugestimmt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Auch keine, einstimmige Annahme. In Rekordzeit haben wir die letzten Punkte erledigt.

Ich danke dem Berichtersteller.

Wir sind am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben heute bei den Verhandlungsgegenständen € 993.100,-- ausgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.15 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl

Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Eva-Maria Wührleitner

GR Rudolf Kohl